This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

DB
90
C9
D3

A 477952

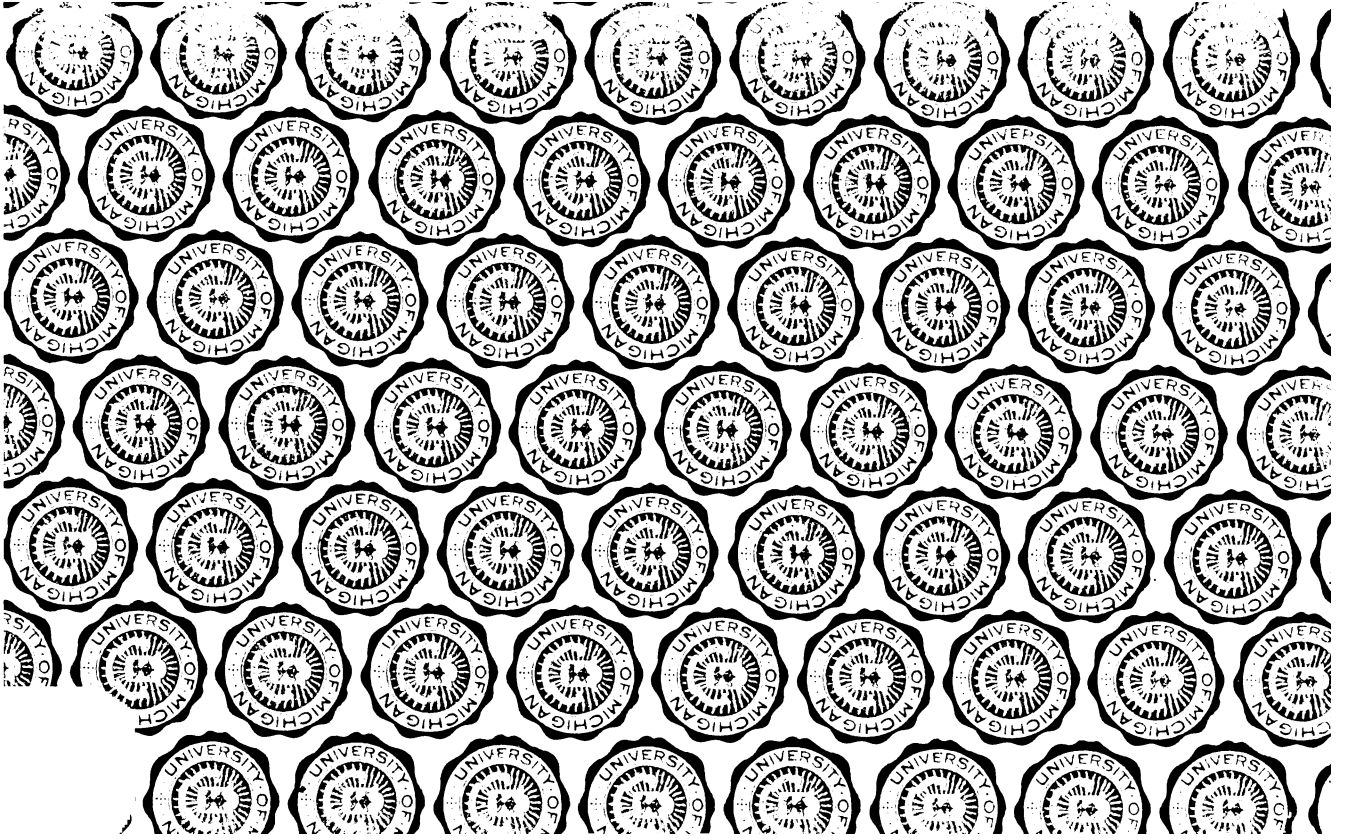
August Demblin

Czernin und die Sixtus-Affaire

1920

Drei Masken Verlag / München

LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN


UNIVERSITY OF MICHIGAN

DB
90
.C9
D3

Bücherei für Politik und Geschichte
des Drei Masken Verlages

Demblin / Czernin und die
Sixtus-Affaire

Czernin und die Sixtus-Affaire

Von
August Demblin
Sektionsrat i. R.

1920

Drei Masken Verlag / München

Alle Rechte vorbehalten.
Copyright 1920 by Drei Masken Verlag G. m. b. H.
München

Lib. Comm. (Hist. Lit)
Harvard.
11-26-28
17551

In der letzten Zeit ist in den Tagesblättern zu verschiedenen Malen die sogenannte Sixtusbrief-Affaire wiederaufgerollt worden. Die Veröffentlichungen hatten teils den Zweck, auf gewisse politische Vorgänge der jüngsten Zeit — so den Erzberger-Prozeß — ein neues Licht zu werfen, teils standen sie mit noch nicht ganz aufgeklärten Umtrieben im Entente-Lager im Zusammenhang — so die Enthüllungen der „Opinion" — teils endlich entsprangen sie der offenkundigen Absicht, den ehemaligen Kaiser von Österreich und seine Umgebung möglichst zu entlasten, dafür aber die Rolle, die der damalige österreichisch-ungarische Minister des Äußern, Ottokar Czernin, in der Briefaffaire gespielt hat, in das allerschwärzeste Licht zu stellen.

Es dürfte wohl noch einem jeden, der in den Apriltagen des Jahres 1918 eine österreichische oder ungarische Zeitung zur Hand nahm, erinnerlich sein, welch niederschmetternden Eindruck der Rücktritt des Grafen Czernin in der Öffentlichkeit gemacht hat. Kaiser Karl war zu Beginn seiner Regierungszeit ungeheuer populär gewesen. Seit der Amnestie schwenkte die Stimmung um; man begann an seiner Haltung Kritik zu üben, es wurden Gerüchte über ausgesprochene Sympathien der Kaiserin und ihrer Familie für die Entente und die vom Kaiser geduldete Betätigung dieser Gefühle in politischen Dingen laut, und die fortgesetzte Abwesenheit des Kaiserpaares von Wien und Budapest entfremdete es vollends der Bevölkerung der beiden Reichshauptstädte. Umgekehrt war

der Stern Czernins stets im Wachsen begriffen gewesen. Dies war weniger seiner Politik an und für sich zuzuschreiben, über deren Einzelheiten ja in der Öffentlichkeit naturgemäß wenig bekannt sein konnte, als seiner Persönlichkeit und seinem Auftreten im allgemeinen. Man erkannte in ihm einen ganzen Mann, jemanden, der Ideen hatte und die Energie besaß, sie durchzuführen, und an solchen Persönlichkeiten gebrach es Österreich. Man hatte deswegen Vertrauen zu ihm, man fühlte, daß, solange er das Staatssteuer in Händen hielt, ein fester Wille den Kurs des Schiffes bestimmte. Dazu kam, daß Czernin entgegen den Gewohnheiten seiner Vorgänger einen regen Kontakt mit der Öffentlichkeit unterhielt. Er hielt öffentlich Reden, ließ sich interviewen, kurz er wandte Methoden an, die gewöhnlich nur in demokratisch regierten Ländern geübt wurden, und dieser volksfreundliche Zug in seinem Auftreten, verbunden mit der den bisherigen diplomatischen Gepflogenheiten zuwiderlaufenden Offenheit und Klarheit seiner Ausdrucksweise, machten ihn gerade in der breiten Öffentlichkeit äußerst beliebt.

Es war daher kein Wunder, daß der Rücktritt Czernins allgemein konsternierend wirkte, und ebensowenig war es bei der Stimmung, die gegen den Kaiser herrschte und die durch die Briefaffaire noch bedeutend verschlechtert wurde, verwunderlich, daß die Mutlosigkeit, die die öffentliche Meinung bei dem Abgang des einzigen Mannes, von dem sie die Rettung des Staates erwartete, ergriff, sich in Empörung gegen denjenigen wandelte, der diesen Mann entließ. Hätte man all' die Majestätsbeleidigungen, die in den Tagen, die dem Abgang Czernins unmittelbar folgten, ausgestoßen wurden, ahnden wollen — man hätte wenigstens neun Zehntel der Bevölkerung Österreich-Ungarns einsperren müssen.

Niemandem war diese Gegenüberstellung von Kaiser und entlassenem Minister peinlicher als diesem letzteren selbst. Czernin war bei all' seinem Temperament viel zu sachlich denkend, um zu vergessen, daß die Popularität des Herrschers einen der wichtigsten Faktoren für den Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie bildete und daß, wenn jene untergraben wurde, das Reich eines seiner stärksten Bindemittel verlor. Wäre er wirklich der verräterische Demagog gewesen, als den seine Widersacher ihn seitdem immer wieder hinstellen, nichts wäre ihm leichter gewesen, als die Stimmung, die damals nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der Armee, insbesondere in Offizierskreisen, gegen den Kaiser herrschte, für seine eigenen Zwecke auszunützen. Doch gerade aus der Popularität, die Czernin im Momente seines Abgangs genoß, verstand die Umgebung des Kaisers ihm den Strick zu drehen, an dem der Kaiser selbst wieder emporgehißt werden sollte. Man kann nicht leugnen, daß sie dabei ebenso geschickt wie zielbewußt zu Werke ging. Am vierten oder fünften Tage nach dem Abgang Czernins verstummten die Zeitungen wie mit einem Ruck; sie hatten die Weisung erhalten, ihn tot zu schweigen. Kaiser und Kaiserin zeigten sich nun plötzlich viel in Wien — was sie nie getan hatten, solange Czernin ihnen diese Notwendigkeit vorhielt — Ausstellungen, Wohltätigkeitskonzerte, Volksküchen wurden besucht und dabei einerseits die Presse instruiert, möglichst eindrucksvolle Schilderungen des dem Kaiserpaar und insbesondere der Kaiserin bereiteten jubelnden Empfanges zu entwerfen, anderseits wurden solche Kundgebungen geradezu im voraus inszeniert, wie z. B. am Äußeren Burgplatz mittels hiezu kommandierter Offiziere in Zivil. Endlich aber wurde neben diesen äußeren, in der Wirkung auf die Masse des Volkes berechneten Mitteln, um Czernin vergessen,

den Kaiser aber womöglich wieder populär zu machen, ein langsam und in der Stille wirkendes Gift in jene Kreise geträufelt, die dem abgegangenen Minister, sei es persönlich, sei es dienstlich, irgendwie nahegestanden sind. Nur ganz wenigen Personen waren die Vorgänge, die dem Abgang Czernins unmittelbar vorangegangen sind, in den Einzelheiten bekannt. Alle anderen kannten nur die in den Zeitungen erschienenen Wiener und Pariser Communiqués über den Brief an den Prinzen Sixtus, und es war daher an der Hand der sich widersprechenden Wiener Veröffentlichungen und angesichts der Tatsache, daß Czernins Rücktritt in dem Momente erfolgte, als ein Ausweg aus dem Wirrsal der dem Wiener Kabinett nach und nach erpreßten Geständnisse nicht mehr möglich schien, nicht schwer, den Vorgang so darzustellen, als habe Czernin den Kaiser vorgeschoben, statt ihn zu decken, und dann, im entscheidenden Momente, im Stich gelassen. Hiemit wurde zugleich für die Mißstimmung, die damals allenthalben gegen den Kaiser herrschte, Czernin verantwortlich gemacht, und die Tatsache seiner eigenen guten Presse wurde ausgenützt, um — bedürfte es hiezu noch eines Beweises — zu illustrieren, daß es ihm bei der ganzen Affaire und schließlich bei seinem Abgang nur um die Erhaltung seiner eigenen Position zu tun war, und daß er zu diesem Zwecke den Kaiser kaltblütig opferte.

Anderseits war der Organismus für das Gift der Verleumdung, das auf ihn wirken sollte, gut geeignet. Czernin hatte viele persönliche Feinde. Er war oft schroff und heftig im Umgang, und seine Ansicht sagte er dem Andersgesinnten nicht immer in konzilianter Form. Dies machte ihn bei vielen, die ihn oberflächlich kannten oder nach der Oberfläche urteilen, unbeliebt; empfindliche und eitle Leute haßten ihn. Es ist bezeichnend, daß, als ich vor nicht langer

Zeit mit jemandem sprach, der Czernin auf das heftigste angriff, und ihn dann um den Grund seiner Gegnerschaft frug, es sich herausstellte, Czernin habe den Betreffenden vor Jahren einmal zuerst eine halbe Stunde warten lassen und ihn dann mit der Aufforderung empfangen, er möge sich kurz fassen, denn er habe nicht lange Zeit. Solch' sachlicher Beurteiler Czernins gibt es viele, besonders unter seinen früheren Untergebenen. Er war allerdings kein bequemer Vorgesetzter. Selbst von früh bis abends rastlos tätig — sogar seine Mahlzeiten nahm er oft am Schreibtisch ein — stellte er auch an die Ausdauer, vor allem aber an das Arbeitstempo seiner Beamten ihnen bis dahin ungewohnt hohe Anforderungen und machte denjenigen, die ihm seine Aufträge nicht gut oder rasch genug ausführten, aus seiner Ungeduld kein Hehl. Dies machte ihn bei vielen seiner Beamten, die es zum Teile als unerhörte Zumutung empfanden, ihre Bequemlichkeit der Sache hintanstellen zu müssen, zum Teile von den an die Nerven ihres Chefs gestellten Ansprüchen keine Ahnung hatten und ihm daher sein kurz angebundenes Wesen doppelt verübelten, ebenso verhaßt wie gefürchtet. Allerdings, solange Czernin im Amte war, wagte es niemand, laut an ihm Kritik zu üben; kaum aber war es bekannt geworden, daß er seine Demission gegeben habe, fiel die ganze Meute über ihn her wie über ein gestelltes Wild. Nie ist mir die Erbärmlichkeit menschlicher Sinnesart unmittelbarer vor Augen getreten als an dem Nachmittag seines Rücktritts, da ich ins Ministerium kam und — noch war die Feder nicht getrocknet, mit der er seine Unterschrift unter das letzte Aktenstück gesetzt hatte — dieselben Leute, die wenige Stunden zuvor vor ihm gekrochen waren, in der gehässigsten Weise über seinen Abgang frohlockten. Aber auch unter seinen engeren Standesgenossen begegnete

Czernin heftiger Feindschaft. Sie warfen ihm demokratische Allüren vor, und viele von ihnen mochten ihm nicht verzeihen, daß er seine Leute nach ihrer Fähigkeit und nicht nach ihren Beziehungen auswählte.

Daß unter solchen Umständen die Veranstalter der planmäßigen Hetze gegen Czernin leichtes Spiel hatten, ist kein Wunder, und in der Tat gab es schon eine Woche nach seinem Rücktritt, selbst unter seinen nächsten Mitarbeitern kaum einen, der sich nicht von ihm abgewendet hätte. Czernin selbst hatte sich nach Abbazia zurückgezogen und schwieg. Das, was bezweckt war, ward, soweit es ihn betraf, erreicht — seine Anhänger waren von ihm abgefallen, unter seinen Standesgenossen war er verfemt, die Öffentlichkeit hatte ihn vergessen. In der Politik konnten sich unterdessen die Einflüsse der unverantwortlichen Ratgeber des Kaisers ungehemmt entfalten. Sie führten zum Manifest vom Oktober 1918, zum Abfall Ungarns, zur Auflösung der Fronten und zum Untergang von Thron und Reich.

Man sollte meinen, daß die Fragen, die im Hinblick auf eine eventuelle Wiederkehr des Kaisers Karl auf den österreichischen Thron bereinigt werden müßten, so schwerwiegende sind, daß neben ihnen die Briefaffaire, die heute nur mehr episodisches Interesse hat, keine Rolle spielen könnte. Trotzdem ziehen sie diejenigen, die sich den Anschein geben, dem Kaiser nützen zu wollen, immer wieder hervor. Politisch scharfsinnig ist dieser Vorgang jedenfalls nicht, doch das mag ihnen überlassen bleiben. Worauf es mir ankommt, das ist die Methode, die in ihrem Verfahren liegt. Seit den Apriltagen des Jahres 1918 sind zwei Jahre verflossen, die gerade für Österreich eine solche Wucht der Ereignisse bergen, wie dies

kaum je vordem für ein Land der Fall war. Diejenigen aber, die seinerzeit an jener berüchtigten Nebenpolitik, die Österreichs Untergang herbeiführte, mittätig waren, haben aus diesen zwei Jahren nichts gelernt. Sie mischen heute noch denselben Teig wie ehedem, und sie knüpfen unmittelbar und mit denselben kleinen Mittelchen an die Tätigkeit an, die ihnen vor zwei Jahren für die Erhaltung der Monarchie so wichtig erschien. Der Gebrauch kleiner raffinierter Tricks ist für eine gewisse Art von Regierungskunst stets bezeichnend gewesen. Er hat sich nie bewährt, aber es gibt eine Art von Mentalität, die dafür geschaffen ist, sie hat Freude an den Versuchen, durch komplizierte kleine Kombinationen große Wirkungen zu erzielen, es ist eine Art Geistessport, der denjenigen, die ihn betreiben, nahezu zum Selbstzweck wird, und der blind macht für die Erkenntnis des geraden Wegs und für die Gebote der Wirklichkeit. Anders als von diesem Standpunkte aus ist es gar nicht zu erklären, daß diejenigen, die, unbeirrt durch die Zeitereignisse, den Kampf gegen Czernin fortführen, in der fortgesetzten Wiederaufwärmung der Sixtusbrief-Affaire und der Rolle, die Czernin darin gespielt hat, das scheinbar einzig wichtige Mittel erblicken, um auf die Öffentlichkeit zugunsten des Kaisers einzuwirken. Oder sollte bei den Verfassern jener Artikel der Haß gegen Czernin, der ihren und ihrer Hintermänner Einfluß seinerzeit bekämpft hatte, größer sein als der Wunsch, dem Kaiser zu nützen? Von dem einen der beiden, dem Grafen Polzer, möchte man fast glauben, daß dies der Fall sei, und daß ihn der Haß blind gemacht hat. Polzer hat im August vorigen Jahres einen Artikel veröffentlicht, in dem er mit Emphase sagte, der ungleiche Kampf des „presse-allmächtigen" Grafen Czernin gegen den „presse-ohnmächtigen" Kaiser wäre anders ausgefallen, wenn die

Welt damals gewußt hätte, daß Czernin selbst es war, der der Kaiserin in einem eigenhändigen Briefe geraten hat, Prinz Sixtus nach Österreich kommen zu lassen, und daß Czernin persönlich mit dem Prinzen zwei Stunden lang verhandelt hat. Es scheint Polzer ganz entgangen zu sein, daß es sich bei den Clémenceauschen Enthüllungen nicht um die Mission des Prinzen Sixtus an sich, sondern um den Brief des Kaisers handelte, und er hätte voraussehen müssen, daß jetzt, nach Wegfall der politischen Notwendigkeit, über die Einzelheiten der Mission des Prinzen Sixtus zu schweigen, kein Grund vorhanden sein würde, nicht auch ohne weiteres zuzugeben, daß Czernin selbst bei den Verhandlungen mit Prinz Sixtus mitgewirkt hat — ein Faktum, das niemals geleugnet worden war.*) Die Darstellung Polzers ist daher ein Schlag ins Wasser. Geschickter ist der Angriff geführt, den in einem seiner vor kurzem veröffentlichten Artikel Sektionschef Schager gegen Czernin unternommen hat. Auch Schager weicht hierin dem Kernpunkt der Frage, nämlich ob Czernin um den Brief des Kaisers wußte, aus; aber indem er — in Erwiderung auf einen bezüglichen Artikel des vormaligen deutschen Botschafters in Wien, Grafen Wedel — andeutet, Czernin habe dem Kaiser eine ehrenwörtliche Erklärung über die Authentizität des vom Wiener Kabinett veröffentlichten Textes des Kaiserbriefes unter falschem Vorwande zu dem Zwecke entlockt, um sich vor der Öffentlichkeit eben in dem Umstande der Abverlangung des Ehrenwortes einen Beweis dafür zu schaffen, daß er über den Inhalt jenes Briefes nicht unterrichtet war, will er glaubhaft machen, daß Czernin in Wirk-

*) Die Tatsache der Mission des Prinzen — wenn auch auf Wunsch des Kaisers ohne Nennung des Namens — wurde von Czernin sofort, und zwar in seiner Antwort auf das erste französische Communiqué, zugegeben (siehe Anhang Nr. 6).

lichkeit den Inhalt des Briefes kannte. In seinen späteren Publikationen *) verfällt jedoch auch Schager in den Polzerschen Fehler, indem auch er die Kenntnis Czernins von der Tatsache der Mission des Prinzen Sixtus als das Ausschlaggebende hinstellt und den Brief Kaiser Karls als bloße Formalität behandelt. Ich werde auf diese Angriffe später im einzelnen zurückkommen.

Der politische Zweck, der den Veröffentlichungen sowohl Polzers wie Schagers zugrunde liegt, ist offensichtlich der gleiche, der vor zwei Jahren die Hetze gegen Czernin veranlaßte: dadurch, daß letzterer als unzuverlässig und heimtückisch hingestellt wird, soll die durch seine Behandlung der Briefaffaire ans Licht gekommene Tatsache der Existenz einer unverantwortlichen Nebenregierung entkräftet, die Umgebung des Kaisers von diesem Vorwurf gereinigt und dem Kaiser — wie seinerzeit der Weg zur Wiedergewinnung der Popularität — jetzt der zur Rückkehr auf den Thron geebnet werden. Der Vorgang ist politisch falsch, moralisch verwerflich und in seiner Wirkung schlecht eingeschätzt. Er ist politisch falsch, weil es vom Standpunkte der Wiedereinführung der Monarchie nicht auf die Ableugnung, sondern auf die Abschaffung der Nebenpolitik ankommt; er ist moralisch verwerflich, weil er mit Verleumdung operiert; und er ist in seiner Wirkung schlecht eingeschätzt, weil er auf der irrtümlichen Voraussetzung beruht, daß sich ein Zeuge für Czernin nicht finden werde. In dieser letzteren Beziehung kommt den Gegnern Czernins die Möglichkeit der Konstruktion eines Gegensatzes zum Kaiser sehr zustatten, denn sie können damit rechnen, daß die Gegner des Kaisers Czernin nicht verteidigen werden, weil auch er ein

*) Die Publikationen Schagers sind im Anhang unter Nr. 14-16 abgedruckt.

Mann des alten Régimes ist, daß aber anderseits seine Freunde für ihn nicht Partei ergreifen werden aus Scheu, sich dadurch den Anschein der Gegnerschaft zum Kaiser zu geben. Er selbst aber kann sich nicht wirksam verteidigen, weil ihm aus der Verteidigung ein neues Verbrechen gegen den monarchischen Gedanken gemacht würde. Durch diesen raffinierten Wucher mit der politischen Gesinnung haben Czernins Gegner ihn von vornherein isoliert, indem sie ihn und — ihrer Meinung nach — auch seine Freunde zum Schweigen verdammten. Diese Spekulation beruht jedoch auf zwei Grundfehlern, nämlich einerseits auf einer ganz falschen Auffassung monarchistischer Gesinnungstüchtigkeit, anderseits auf der vollkommenen Verkennung der Umstände, die für eine Popularisierung des monarchischen Gedankens notwendig wären. Ein politisches System ist nicht identisch mit seinen Auswüchsen, und wer die Auswüchse bekämpft, greift nicht das System an; im Gegenteil, er nützt demselben; denn wenn diese Auswüchse Folgen zeitigten, die in ihrer greifbaren Deutlichkeit nicht wegzuwaschen sind, dann hat ihre Ableugnung keinen Zweck, sondern es ist klüger, sie einzugestehen und dadurch den Beweis zu erbringen, daß man im Ernste an ihre Entfernung denkt. Die Wiederbelebung des monarchischen Gedankens in Österreich ist nur dann möglich, wenn die Bevölkerung sicher ist, daß diejenigen Regierungszustände, die in den letzten zwei Jahren vor dem Umsturz herrschten und die nicht abgeleugnet werden können, weil sie allgemein bekannt sind, nicht wiederkehren werden. Auf den Fall Czernin angewendet heißt dies, daß die Hetze gegen ihn nicht nur menschlich verwerflich, sondern auch politisch zwecklos ist, sie kann also nicht einmal vor denen verantwortet werden, die dem Grundsatze huldigen, daß der Zweck die Mittel heiligt,

Ich habe diese Argumentation vom monarchistischen Gesichtspunkte geführt, weil der ganze Aufbau des Kampfes gegen Czernin nur vom Standpunkte einer — wie wir übrigens gesehen haben, vollkommen falschen — Auffassung monarchistischer Gesinnung verstanden werden kann. Es ist aber ohne weiteres klar, daß der Kampf gegen Czernin in seiner Wirkung über den monarchistischen Standpunkt hinausreicht. Dadurch, daß Czernin als Intrigant und Lügner hingestellt wird, wird er gleicherweise bei allen politischen Parteien kompromittiert, was seine Angreifer ja auch bezwecken. So schneiden sie dem Menschen Czernin die Ehre ab, drosseln ihm zugleich die Möglichkeit, sich zu verteidigen, und benützen beides, Ehrabschneidung und moralische Knebelung, um sich des Politikers Czernin, der ihnen und ihrer Methode sonst gefährlich werden könnte, zu entledigen.

Ich bin kein Freund der jetzt so beliebten „Enthüllungen". Ich finde es geschmacklos, die heute bestehende Möglichkeit, zu sagen und zu schreiben, was man will, auszunützen, um aus Sensationssucht Dinge auszuplaudern, die man zu einer Zeit erfahren hat, in der man zu ihrer Geheimhaltung genötigt war, und es widerstrebt mir, gegen Personen auftreten zu müssen, die heute nicht mehr an der Macht sind und die — zum Teile — ein System verkörperten, als dessen Anhänger ich mich bekenne. Doch die Pflicht, für die Ehre eines Menschen, von dem ich weiß, daß er ungerecht angegriffen wird, einzustehen, sowie nicht minder der Wunsch, einer politischen Kampfesmethode, die unehrlich ist, entgegenzutreten, bestimmen mich, soweit es zu vorstehendem Zwecke notwendig ist, das Schweigen, das ich sonst lieber

bewahrt hätte, zu brechen. Wenn dadurch die Briefaffaire und alles, was damit zusammenhängt, erneut ans Licht gezogen wird, so haben sich dies jene zuzuschreiben, die es richtig fanden, sie als Kampfmittel zu benützen.

Am 2. April 1918 hielt Czernin vor einer Abordnung des Wiener Gemeinderates eine große politische Rede, in der er unter anderem die Friedensfrage besprach. Er erwähnte hiebei, daß französischerseits der Versuch angestellt worden sei, sich mit Österreich-Ungarn wegen Erreichung des Friedens zu verständigen, daß derselbe aber schließlich an der Weigerung der französischen Regierung scheiterte, auf die Forderung nach Abtretung Elsaß-Lothringens zu verzichten. Die Rede war zwischen dem Kaiser und Czernin im voraus besprochen worden, und ich, der ich damals als Vertreter des Ministeriums des Äußern dem Kaiser zugeteilt war, hatte außerdem von Graf Czernin den Auftrag erhalten, das Konzept derselben dem Kaiser zur vorherigen Genehmigung vorzulegen. Der Kaiser behielt das Konzept bis zum nächsten Tage bei sich, ging es sodann in meiner Anwesenheit nochmals durch und gab an der Hand von Notizen, die er sich gemacht hatte, wegen einiger Stellen der Rede gewissen Bedenken Ausdruck. An dem Passus über Frankreich hatte der Kaiser nichts auszusetzen.*)

Wenige Tage, nachdem Czernin diese Rede gehalten hatte, ließ die französische Regierung unter Hinweis auf den erwähnten Passus öffentlich eine Andeutung in dem Sinne machen, daß Österreich schon zwei Monate vor der mit den Czerninschen Erklärungen gemeinten Unternehmung Revertera durch eine „im Range weit über diesem stehende Persönlichkeit" an Frankreich und England herangetreten sei, worüber ein „bezeichnendes Beweisstück" existiere. Czernin hatte im Frühjahr 1917 zwei Unterredungen mit dem Prinzen Sixtus von Parma, einem Schwager des Kaisers, gehabt, wobei der Prinz beauftragt wor-

*) Die auf Frankreich bezügliche Stelle der Rede Czernins vom 2. April 1918 und die in der Angelegenheit ausgegebenen Wiener und Pariser Communiqués sind im Anhang unter Nr. 1—12 abgedruckt.

den war, mit der französischen Regierung wegen Erzielung eines allgemeinen Friedens in Fühlung zu treten; bei der zweiten Unterredung hatte Czernin dem Prinzen auch ein den österreichisch-ungarischen Standpunkt erläuterndes Aide-mémoire übergeben. Es war klar, daß mit der Andeutung Clémenceaus jene Mission des Prinzen Sixtus und mit dem hierüber vorhandenen „Beweisstück" das erwähnte Aide-mémoire gemeint sein mußten, und es lag nahe, anzunehmen, daß die französische Regierung, meinend, daß die Aktion des Prinzen Sixtus hinter dem Rücken Deutschlands unternommen worden sei, mit jener Andeutung die Absicht verbunden hatte, Österreich in eine schiefe Lage zu seinem Verbündeten zu bringen.*) Das österreichisch-ungarische Auswärtige Amt gab daher in seiner Entgegnung ohne weiteres zu, daß in der Tat ein Friedensversuch der im französischen Communiqué angedeuteten Art unternommen worden sei, und fügte noch bei, daß dieser Versuch zu keinem Ergebnis geführt habe. Unter der von Clémenceau erwähnten „im Range weit über Revertera stehenden Persönlichkeit" wurde selbstverständlich niemand anderer als Prinz Sixtus selbst verstanden; daß sein Name in der österreichischen Entgegnung nicht genannt wurde, ist auf einen diesbezüglichen Wunsch des Kaisers zurückzuführen, der seinem Schwager „eventuelle Unannehmlichkeiten" ersparen wollte.

Graf Czernin, der gleichwie seine Mitarbeiter überzeugt war, daß mit dieser unumwundenen Erklärung der Zwischenfall erledigt sein würde, hatte sich unterdessen zur Fortsetzung der Friedensunterhandlungen nach Bukarest begeben, wo er am Morgen

*) Auf die Mission des Prinzen Sixtus komme ich noch zurück. Die im Anfang d. J. erschienenen französischen Enthüllungen erklären es zur Genüge, daß Clémenceau mit seiner Andeutung einen Trumpf gegen Czernin auszuspielen vermeinte. Er glaubte, gegen einen ungeschickten Lügner zu kämpfen und traf einen Belogenen.

des 9. April eintraf. Am Nachmittag desselben Tages ließ er den Kaiser bitten, zu der in der Nähe der kaiserlichen Villa*) befindlichen Hughes-Station zu kommen, da er mit ihm dringend sprechen müsse. Mittels des Hughes-Apparates teilte Czernin nun dem Kaiser den Inhalt eines inzwischen veröffentlichten neuen Communiqués der französischen Regierung mit, worin in Erwiderung auf die österreichisch-ungarische Verlautbarung erklärt wurde, Kaiser Karl habe in einem eigenhändigen Briefe „seine Zustimmung zu den gerechten Rückforderungsansprüchen Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen bestätigt". In einem zweiten Briefe habe der Kaiser erklärt, „daß er mit seinem Minister einig sei". Czernin machte den Kaiser eindringlichst auf die Gefahr aufmerksam, die entstehen würde, wenn an der Behauptung Clémenceaus etwas Wahres sei, und auf die bestimmte Erklärung des Kaisers, daß alles, was der französische Ministerpräsident über ihn vorbringen könnte, „außer dem, was Czernin sowieso wisse**), Lug und Trug" sei, gab Czernin der Befürchtung Ausdruck, der Kaiser könne vielleicht doch auf einen Brief an einen seiner Schwäger — denn um einen solchen müsse es sich offenbar handeln — vergessen haben; der Kaiser erwiderte wörtlich: „In einem Briefe an Prinzen Parma ist niemals etwas Politisches gestanden."***) Auf dieses Gespräch hin gab Czernin nach Wien den Auftrag, die Behauptung Clémenceaus zu dementieren, reiste aber gleichwohl noch am selben Abend von Bukarest wieder ab und traf in der Nacht vom 10. auf den 11. April in Wien ein. Gleichzeitig sandte Kaiser

*) Der Hof hielt sich damals in Baden auf.

**) d. i. die Tatsache der Mission des Prinzen Sixtus, soweit und in der Form, in der sie Czernin bekannt war.

***) Der Wortlaut des Hughes-Gespräches ist im Anhang unter Nr. 17 veröffentlicht.

Karl auf Anraten Czernins eine Depesche an Kaiser Wilhelm, in der er diesen unter Hinweis auf die französischen Verleumdungen seiner unverbrüchlichen Bundestreue versicherte.

Am Morgen des 11. April erschien Czernin beim Kaiser in Audienz. Er hatte den ungarischen Ernährungsminister Prinzen Ludwig Windischgrätz und den Chef des gemeinsamen Ernährungsausschusses General von Landwehr mitgebracht, da wichtige Fragen ihrer Ressorts besprochen werden sollten. Im Verlaufe der Audienz eröffnete nun der Kaiser Czernin, daß er in der Tat einmal an einen seiner Schwäger, und zwar an den Prinzen Sixtus von Parma, über Friedensmöglichkeiten geschrieben habe, jedoch sei in dem Briefe von einer Anerkennung der französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen keine Rede gewesen. Czernin bat den Kaiser um eine Abschrift des Konzeptes zu jenem Briefe, was der Kaiser ihm, „da er sie momentan nicht bei der Hand habe", für den nächsten Tag zusagte. Am Vormittag des 12. April sandte mich der Kaiser mit dieser Abschrift nach Wien, um sie Czernin zu übergeben. Danach hat der Kaiser bekanntlich an Prinz Sixtus gerade das Gegenteil dessen geschrieben, was das französische Communiqué behauptet hatte, nämlich daß er die französischen Ansprüche, als nicht gerecht, nicht anerkennen könne. Clémenceau, der in diesem Kampfe leider über die stärkere Waffe der Tatsachen verfügte, war jedoch nicht müßig geblieben und hatte inzwischen als Antwort auf das österreichische Démenti seinerseits den Text des der französischen Regierung vorgewiesenen Briefes des Kaisers an den Prinzen Sixtus — um den handelte es sich ja tatsächlich — der Öffentlichkeit übergeben. Es waren nun zwei Brieftexte da, die sich bezüglich Elsaß-Lothringens diametral widersprachen. Außerdem be-

fand sich in dem von Clémenceau veröffentlichten Text ein Passus, in dem auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung Belgiens hingewiesen wurde, während in dem vom Kaiser als authentisch bezeichneten Texte diese Stelle fehlte. Ebenso fehlte — logischerweise — der im Clémenceauschen Text enthaltene Auftrag an den Prinzen, dem Präsidenten der französischen Republik von der Anschauung des Kaisers über die elsaß-lothringische Frage Mitteilung zu machen. Im übrigen waren beide Texte gleichlautend.

Als ich zu Czernin kam, war ihm das neue Communiqué Clémenceaus soeben vorgelegt worden. Er gab den Auftrag, die Veröffentlichung desselben vorläufig noch zurückzuhalten, und fuhr am Nachmittag zum Kaiser. Angesichts des von Clémenceau veröffentlichten Textes beschwor er den Kaiser nochmals, ihm die volle Wahrheit zu sagen; er hielt ihm vor, daß er ihm ja unmöglich einen richtigen Rat erteilen könne, wenn er die Tatsachen nicht oder nur unvollständig kenne. Doch der Kaiser blieb dabei, daß er Czernin alles gesagt habe. Nunmehr ersuchte Czernin den Kaiser, ihm die Authentizität des von ihm mitgeteilten Brieftextes schriftlich ehrenwörtlich zu bestätigen, welchem Ersuchen der Kaiser nachkam. Zugleich unterbreitete ihm Czernin den Entwurf einer Erwiderung auf das jüngste französische Communiqué, in welcher mit Berufung auf einen bezüglichen kaiserlichen Auftrag dem französischen Text des Briefes der des Kaisers entgegengehalten wurde. Der Kaiser sträubte sich zwar anfänglich gegen die Veröffentlichung seines Textes, hieß aber schließlich den Entwurf gut. Nachdem Czernin gegangen war, kam er doch wieder auf seine Bedenken zurück, faßte — wie es scheint, nach Beratung mit der Kaiserin — selbst einen Erwiderungsentwurf ab und sandte mich mit diesem gegen abends nochmals nach Wien. Ich über-

gab den Entwurf Czernin, der ihn in meiner Gegenwart durchlas. Laut dieses Entwurfs wäre, soweit ich mich erinnere, in gewundener Art auf den Umstand hingewiesen worden, daß des Kaisers Handschrift infolge seinerzeitiger in der Schweiz begangener Indiskretionen bekannt sein oder doch leicht verschafft werden konnte, wodurch die Möglichkeit vorhanden sei, sie nachzuahmen. Danach sollte also der ganze Clémenceausche Text als Fälschung hingestellt werden. Czernin bezeichnete mir gegenüber diesen Entwurf als ganz unmöglich und rief sofort den Kaiser an, um sich mit ihm telephonisch zu besprechen.

Ich verließ unterdessen Czernin und fuhr etwa eine Stunde später auf den Meidlinger Bahnhof, um in den aus Baden kommenden Hofzug einzusteigen, mit dem der Kaiser samt Gefolge wegen der damals ausgebrochenen ungarischen Ministerkrise nach Budapest fahren sollte; auch Czernin sollte den Kaiser begleiten, um mit der neu zu bildenden ungarischen Regierung wegen Ernährungsfragen zu unterhandeln. Schon war der Zug fällig, als aus Baden telephoniert wurde, daß die Reise im letzten Moment abgesagt worden sei. Unmittelbar darauf kam der Chauffeur Czernins auf den Bahnhof, um mir zu melden, Czernin ließe mich bitten, sofort zu ihm zu kommen. Ich traf Czernin sehr erregt an; er sagte mir, der Kaiser habe sich zwar in der Communiqué-Frage seinem Standpunkte angepaßt, im übrigen aber sei die telephonische Unterredung in einer solchen Weise verlaufen, daß er, Czernin, es als ausgeschlossen betrachte, weiter mit dem Kaiser zusammen zu arbeiten, und daß er daher entschlossen sei, zu demissionieren. Ich trachtete auf ihn beruhigend einzuwirken und hielt ihm vor, daß seine Demission im jetzigen schwierigen Moment ein Ding der Unmöglichkeit sei. Czernin gab dies zu und erklärte, er beabsichtige nicht, sofort zurück-

zutreten, wohl aber sobald die Affaire Clémenceau sich einigermaßen verlaufen haben würde.

Czernin hat mir einige Tage danach über den Inhalt jenes Telephongespräches genaue Aufschlüsse gegeben. Der Kaiser wollte anfangs von der Veröffentlichung seines Brieftextes nichts wissen, später stimmte er ihr zu, wollte jedoch, daß Czernin erkläre, daß der Brief mit seinem Wissen geschrieben worden sei. Czernin lehnte dies ab. Es entspann sich im Anschluß daran eine Kontroverse zwischen ihm und dem Kaiser über den Sinn und Umfang der Ministerverantwortlichkeit. Der Kaiser vertrat den Standpunkt, daß der Minister verpflichtet sei, die Handlungen des Monarchen auf sich zu nehmen; Czernin bestritt dies, soweit es sich auf Handlungen beziehe, die der Monarch ohne Vorwissen des verantwortlichen Ministers vornehme; er wies darauf hin, daß der Sinn des Prinzips der Ministerverantwortlichkeit nicht der sei, daß der Monarch alles tun dürfe und der Minister dies nachträglich zu decken verpflichtet sei, sondern daß die Aufstellung jenes Prinzips gerade im Gegenteil den Zweck verfolge, den Monarchen daran zu hindern, politische Handlungen ohne Vorwissen des verantwortlichen Ministers vorzunehmen. Man hat späterhin Czernin die in das amtliche Communiqué aufgenommene Wendung, das Auswärtige Amt erkläre „im Allerhöchsten Auftrage" usw., zum Vorwurfe gemacht und sich der Meinung des Kaisers, daß Czernin den Brief hätte auf sein Konto nehmen sollen, angeschlossen. Abgesehen davon, daß Czernin in jener Frage formell im Recht war, wäre es bei der damaligen Sachlage nicht mehr möglich gewesen, den Brief des Kaisers als mit Vorwissen der verantwortlichen Regierung geschrieben auszugeben. Der Brief des Kaisers war nach dem vom Kaiser selbst angegebenen Text als reiner Privatbrief aufzufassen, und es fehlte

ja auch in ihm der im Clémenceauschen Text enthaltene Auftrag an den Prinzen, von dem Inhalte des Briefes dem Präsidenten der französischen Republik Mitteilung zu machen. Der Brief wäre seines Charakters als Privatbrief entkleidet worden, wenn erklärt worden wäre, daß der verantwortliche Minister von seinem Inhalte Kenntnis hatte. Handelte es sich aber einmal um einen kaiserlichen Privatakt, dann konnte logischerweise ein amtliches Communiqué hierüber nur auf Grund einer Mitteilung des Kaisers über diesen seinen Privatakt, also „in seinem Auftrag" ausgegeben werden.

Jenes Telephongespräch zwischen dem Kaiser und Czernin, das am Abend des 12. April stattfand, bildet einen Wendepunkt in der Briefangelegenheit. Zuerst aus dem Widerspruche des Kaisers gegen die Veröffentlichung des von ihm als authentisch bezeichneten Textes, dann aus seinem Verlangen, daß Czernin die Mitwisserschaft an jenem Brieftexte auf sich nehme, nicht minder aber aus der ganzen Art, in der jenes Gespräch vom Kaiser, der sich dazwischen immer wieder mit der Kaiserin beriet, geführt wurde, mußte Czernin den Eindruck gewinnen, daß auch die Erklärungen, die ihm der Kaiser noch am Nachmittag abgegeben hatte, nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmten.

Ich übernachtete an jenem Abend in Wien und fuhr am nächsten Morgen — es war der 13. April — zusammen mit Czernin nach Baden. Er sollte, wie am Vorabend bei jenem Telephongespräch ausgemacht worden war, beim Kaiser in Audienz erscheinen, doch letzterer blieb unsichtbar und statt dessen wurde Czernin von der Kaiserin empfangen.

Es ist zum Verständnis der Vorgänge, die sich nun abspielten, notwendig, daß ich hier die chronologische Schilderung der Ereignisse unterbreche, um einen Blick

auf die Situation zu werfen, wie sie in diesem Momente bestand. Zwei einander sich widersprechende Behauptungen lagen damals vor, jene der österreichischen und jene der französischen Communiqués. Für den Unvoreingenommenen war es zweifelhaft, welche die richtige sei. Doch diejenigen, die einigermaßen wußten, wie die Dinge am Hofe Kaiser Karls standen — und zu diesen gehörte unzweifelhaft auch die deutsche Regierung — waren sich damals wohl bereits im klaren darüber, daß die Schilderung Clémenceaus nicht vollständig aus der Luft gegriffen sein konnte. Czernin selbst glaubte auf die kaiserliche ehrenwörtliche Erklärung hin, daß der Text des Kaisers der authentische sei — die gegenteilige Unterstellung ist falsch. Aber er argwöhnte, daß in dieser Angelegenheit hinter seinem Rücken noch anderes vorgegangen sei, das der Kaiser ihm verschweige, ja vielleicht selbst nicht wisse. Das war ja das Charakteristische der geheimen Nebenpolitik, daß nicht der Kaiser ihre Fäden in der Hand hielt, sondern selbst nur ihr — meist widerwilliges — Werkzeug war, und auch in diesem Falle glaubte Czernin, die einander widersprechenden Erklärungen des Kaisers hätten darin ihren Grund, daß er sich selbst über die tatsächlichen Vorgänge nicht im klaren sei, daß er einen Brief unterschrieben habe, von dessen Inhalt und Tragweite er sich keine Rechenschaft ablegte, und daß der Schuldige in der Umgebung des Kaisers zu finden sei.*) Ein Blinder kann sich nicht sehend stellen; er vermag vielleicht mit Aufbringung aller Willensstärke zehn, zwanzig feste Schritte zu tun, dann aber wird er unwillkürlich die Hand tastend nach vorwärts strecken. In der Lage dieses Blinden befand sich Czernin. Er konnte in der ganzen An-

*) Erst die in der „Illustration" vom 8. Januar 1920 reproduzierte Photographie des Kaiserbriefes erbrachte den Beweis, daß der Kaiser den Brief mit eigener Hand geschrieben hat.

gelegenheit nur dann die Führung übernehmen, das heißt den fraglichen Brief als mit seinem Wissen geschrieben ausgeben, wenn er zugleich auf Grund der Kenntnis der tatsächlichen Vorgänge voraussehen konnte, welche Entwicklung die Angelegenheit weiterhin nehmen würde. Die österreichisch-ungarische Politik blind exponieren, sie einen Schritt in einer bestimmten Richtung tun lassen, ohne zu wissen, wohin der Weg sie führen werde — das konnte er nicht. Es blieb Czernin also auch von diesem Standpunkte aus gar nichts anderes übrig, als den Brief des Kaisers einfach zur Kenntnis zu nehmen und sich darauf zu beschränken, alles zu tun, damit wenigstens der vom Ministerium des Äußern veröffentlichte Text wirklich als der authentische betrachtet werde. Aber selbst wenn ihm dies gelingen sollte — die Tatsache, daß der Kaiser in einer so heiklen und mit Vorsicht zu behandelnden Angelegenheit, wie die der Friedensmöglichkeiten es war, auf eigene Faust gehandelt hatte, war nicht zu verwischen. Schon einmal — in der Erzberger-Angelegenheit, von der noch die Rede sein wird — hatte der Kaiser oder doch dessen nächste Umgebung hinter dem Rücken des verantwortlichen Ministers einen in seinen Folgen sehr verhängnisvollen Schritt getan; wer bürgte dafür, daß der Fall sich nicht wiederholen werde, und wie konnte die offizielle österreichisch-ungarische Politik noch Vertrauen einflößen, wenn man gewärtig sein mußte, daß sie vom Herrscher Österreich-Ungarns gleichzeitig im geheimen desavouiert werde? So wenig zwingende Beweise dafür vorlagen, daß die Schilderung des Kaisers der Wahrheit nicht entspräche, und so sehr auch im besonderen die deutsche Regierung sich nach außen hin mit der Erklärung des Ministeriums des Äußern über den Kaiserbrief zufrieden geben mußte, so gewiß war es,

daß österreichisch-ungarische Zusicherungen von dem Momente an in Berlin und im deutschen Hauptquartier keinen Kurs mehr hatten. Dies bedeutete aber bei unserer wirtschaftlichen und militärischen Schwäche gegenüber Deutschland, daß wir von nun an überhaupt nicht mehr darauf rechnen konnten, in irgendeiner wichtigen Frage unseren Standpunkt und unsere Interessen gegenüber denen Deutschlands geltend zu machen, und vor allem bedeutete es, daß wir in der Friedensfrage von nun an vollkommen der vom Kaiser und Czernin bekämpften Siegfriedenspolitik der deutschen Obersten Heeresleitung ausgeliefert sein würden. Für Österreich stand also nicht mehr und nicht weniger auf dem Spiele, als die Hoffnung, zusammen mit Deutschland zu einem Kompromißfrieden zu gelangen, für immer begraben zu müssen, mit anderen Worten, Österreich-Ungarn hatte von nun an nur mehr die Aussicht, entweder mit Deutschland zusammen unter das Joch der Entente oder aber — im Falle eines deutschen Sieges — unter das Joch Deutschlands zu treten. So sah Czernin die Situation, und ich glaube, daß sie damals niemand, der die Verhältnisse kannte, anders betrachten konnte.

Czernin beschäftigte daher vor allem der Gedanke, womöglich einen Ausweg zu finden, der das Vertrauen Deutschlands wieder heben und Österreich-Ungarn sein moralisches Gewicht beim Bundesgenossen erhalten würde. Er sprach am Nachmittag des 12. April — nach seiner Audienz beim Kaiser — lange mit mir über dieses Thema, ohne daß er zu einem Resultat gekommen wäre. Alle Welt wußte, daß die unverantwortlichen Einflüsse, denen der Kaiser zugänglich schien, in erster Linie von der Kaiserin und deren Familie ausgingen, und es wurde die Herzogin von Parma, die Schwiegermutter des Kaisers, als jene

Persönlichkeit bezeichnet, die im Mittelpunkte des geheimen politischen Getriebes stünde. Wir erwogen daher den Gedanken, dem Kaiser die Entfernung der Herzogin von Parma ins Ausland als Mittel vorzuschlagen, um die zu befürchtenden Folgen der Briefaffaire abzuwenden; doch auch dieses Mittel erschien Czernin nicht als ein wirklich geeignetes, da ja ein eventueller Aufenthalt der Herzogin in der Schweiz keine Gewähr dafür bieten würde, daß sie nicht trotzdem einen Verkehr in politischen Dingen mit dem Wiener Hofe aufrecht erhielte. Logischerweise gab es nur ein Mittel, um das Mißtrauen, das seitens Deutschlands nunmehr zu erwarten war, und die Konsequenzen, die sich daraus für Österreich-Ungarn ergeben würden, abzuwenden, und dieses Mittel war, da der Einfluß auf den Kaiser infolge der Familienbeziehungen nicht ausgeschaltet werden konnte, die Ausschaltung des Kaisers selbst. Sie schien Czernin zugleich auch das einzige Mittel zu sein, um zu verhindern, daß die kolossale Erregung, die damals bereits gegen den Kaiser und die Familie Parma herrschte, sich in einer die Stellung der Dynastie gefährdenden Weise entlade. Czernin war nicht der Mann, um, wenn er einmal etwas für die Erreichung eines bestimmten Zweckes als notwendig erkannt hatte, vor der Ausführung aus persönlichen Gründen zurückzuschrecken, und so hat er tatsächlich noch am Abend des 12. April, als er in dem erwähnten Telephongespräch den Eindruck gewinnen mußte, daß neue Überraschungen bevorstünden, dem Kaiser als Ausweg aus der Situation vorgeschlagen, er möge sich „aus Gesundheitsrücksichten" — seine Nerven hatten übrigens wirklich durch die Aufregungen der letzten Tage sehr gelitten — zeitweilig von der Ausübung der Regierungsgeschäfte zurückziehen und einen Erzherzog — er brachte die Erzherzoge Friedrich und

Eugen in Vorschlag — mit seiner Stellvertretung betrauen; zugleich würde auch er, Czernin, selbst zurücktreten. Der Kaiser schien diesen Gedanken mit einer gewissen Erleichterung aufzunehmen; er ging sofort auf ihn ein und es wurde beschlossen, für den übernächsten Tag eine gemeinsame Ministerberatung anzuberaumen, in der vorerst prinzipiell die Frage geprüft werden sollte, unter welchen Umständen laut den geltenden Vorschriften eine eventuelle Regentschaft oder Stellvertretung des Kaisers in Betracht komme und an wen sie übertragen zu werden habe. Die für denselben Abend angesetzte Reise nach Budapest wurde daher abgesagt. Am nächsten Tage legte Czernin in seiner Audienz bei der Kaiserin auch dieser die Situation dar und entwickelte ihr die Gründe, die einen zeitweiligen Rücktritt des Kaisers von der Regierung als opportun erscheinen ließen. Doch er fand bei ihr ein schroffes Nein — der Kaiser selbst aber blieb, wie gesagt, unsichtbar.

Dennoch fand die besprochene Ministerberatung am 14. April um 11 Uhr vormittags unter dem Vorsitze des Kaisers statt; ich wohnte ihr als Protokollführer bei. Knapp vor der angesetzten Stunde wurde ich vom Pressedepartement des Ministeriums des Äußern angerufen mit der Mitteilung, daß soeben ein neues Communiqué der französischen Regierung eingetroffen sei. Ich nahm es telephonisch auf, um es Czernin, dann auch dem Kaiser und der Kaiserin vorzulesen. In diesem Communiqué teilte die französische Regierung in den Einzelheiten und unter Nennung der Namen der mitwirkenden Persönlichkeiten den Vorgang mit, durch den ihr der von Clémenceau veröffentlichte Brief des Kaisers zur Kenntnis gebracht worden war. Ein Zweifel daran, daß der der französischen Regierung vorgelegte Brieftext tatsächlich so lautete, wie Clémenceau ihn am 12. hatte veröffentlichen lassen, war

nun nicht mehr möglich. Wollte man trotzdem an der Authentizität des vom Kaiser angegebenen Textes festhalten, so war nur noch eines denkbar, die Fälschung des Textes auf dem Wege von Laxenburg nach Paris. Die Kaiserin klammerte sich auch sofort an diesen Ausweg, und auf die Frage Czernins, wer denn den Brief gefälscht haben solle, meinte sie, jedes Wort betonend: „Der Fälscher *muß* sich eben finden." Darauf aber ging Czernin nicht ein. Abgesehen davon, daß es ihm nicht gegeben war, einem solch' gewundenen Gedankengang zu folgen, schien ihm das Mittel auch nicht sicher genug. Selbst wenn der „Fälscher" sich „fand" — es wäre ja denkbar gewesen, daß sich irgendein Desperado gegen entsprechenden Lohn und Sicherung der Flucht zu dieser Rolle hergegeben hätte — wer bürgte dafür, daß das Geheimnis jener „Fälschung" nicht doch eines Tages aufkommen würde? Aber außerdem: Hätte im Ernst jemand an die Fälschung geglaubt? Sie wäre ein Mittel gewesen, um nach außen hin, sozusagen offiziell, das Gesicht zu wahren, das Mißtrauen gegen den Kaiser und seine Umgebung wäre aber damit keineswegs beseitigt worden. Nein, Czernin sah *dafür* — und angesichts der letzten Enthüllung erst recht — nur *einen* Weg, die Ausschaltung derjenigen, die das Mißtrauen erweckten, wer immer sie auch seien; und er blieb bei seinem Vorschlag. Dieser wurde nun nicht nur von der Kaiserin, sondern auch vom Kaiser abgelehnt. Daraufhin gab Czernin seine Demission, die der Kaiser sofort annahm.

Die bezüglichen Unterredungen Czernins mit dem Kaiser und der Kaiserin fanden knapp vor der Ministerberatung statt. Die Beratung selbst aber, an der Czernin nur der Form halber noch teilnahm, jedoch ohne sich für den Gegenstand mehr zu interessieren, wurde vom Kaiser von Beginn an in *die*

Richtung gelenkt, daß prinzipiell die Kaiserin als zur Stellvertretung in der Regierung berufen bezeichnet werde. Dies war natürlich gerade das Gegenteil dessen, was zwischen Czernin und dem Kaiser vor zwei Tagen ausgemacht worden war, und wenn man den tatsächlichen Zweck, den Czernin mit jener Beratung verfolgt hatte, mit der Art verglich, in der sie wirklich geführt wurde, so hatte man den Eindruck, daß Kaiser und Kaiserin Czernin geradezu eine Posse spielen wollten. Die Beratung wurde übrigens bald abgebrochen, ohne je fortgesetzt zu werden; das Protokoll, das ich geführt hatte, habe ich auftragsgemäß nie ausgefertigt.

Die Briefaffaire selbst fand bald ihren Abschluß. Auf das letzte Communiqué Clémenceaus erging auf Wunsch des Kaisers eine kurze Erwiderung, in der konstatiert wurde, „das Ministerium des Äußern habe nicht feststellen können, wo die Unterschiebung des falschen Briefes erfolgt sei"; zugleich sandte der Kaiser ein Telegramm an Kaiser Wilhelm mit dem Hinweis auf die „österreichischen Kanonen im Westen". Der Fälschungsgedanke scheint die Kaiserin zwar noch beschäftigt zu haben, denn einige Tage nach Czernins Demission erschien der Offizier, der seinerzeit den Kaiserbrief an den Prinzen Sixtus zu überbringen hatte, im Ministerium des Äußern, um unter Diensteid zu Protokoll zu geben, daß er den „Koffer, in dem der Brief sich befand, in der Schweiz für einige Stunden aus den Augen verloren habe", doch bei dieser Aussage hatte es sein Bewenden. Das aber, was Czernin vorausgesehen hatte, traf nun vollinhaltlich ein. Der Kaiser mußte eine Canossa-Fahrt nach dem deutschen Hauptquartier tun und in Abmachungen einwilligen, durch die Österreich-Ungarn von nun an noch viel mehr in die Abhängigkeit Deutschlands geriet, als dies schon der Fall war. *)

*) Vgl. hierüber die Ausführungen Cramons in seinem jüngst erschienenen Buche „Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse im Weltkrieg", Seite 154—162.

Erst als auch an den maßgebenden deutschen Stellen die Erkenntnis durchdrang, daß an eine Niederwerfung des Feindes nicht mehr zu denken sei, konnte sich die österreichisch-ungarische Politik wieder selbständig machen, zu spät, um den von Czernin seit jeher erstrebten gemeinsamen Verständigungsfrieden zu erreichen, aber noch früh genug, um im Untergang nach dem schmählichen Strohhalm des Verrats zu greifen.

Ich habe im vorstehenden den Gang der Ereignisse gezeichnet, wie sie sich in Wirklichkeit zwischen dem 2. und 14. April zugetragen haben. Ich kenne sie nicht vom Hörensagen, sondern ich habe jede einzelne Phase derselben miterlebt, und ich bin insbesondere dank dem fortlaufenden unmittelbaren Kontakt, den ich damals mit Czernin unterhielt, der mir stets die frischen Eindrücke seiner Unterredungen mit Kaiser und Kaiserin mitteilte und mit mir jede neue Wendung, die die Ereignisse nahmen, eingehend besprach, genau darüber informiert, wie Czernin die Sache betrachtete und was er wollte. Ich kann daher jedenfalls das Recht in Anspruch nehmen, als besserer Zeuge für die Rolle, die Czernin in der Briefaffaire gespielt hat, zu gelten als etwa Polzer oder Schager, die damals mit Czernin überhaupt nicht in Berührung kamen, aber auch sonst keinen unmittelbaren Einblick in die Angelegenheit hatten *) und daher zum größten Teile erst nachträglich das Material erhalten haben können, aus dem sie ihre Angriffe gegen Czernin schmiedeten.

Auf Grund der Ereignisse sollen nun im einzelnen, soweit es nicht schon geschehen ist, die Vorwürfe

*) Polzer war im April 1918 beurlaubter Kabinettsdirektor, Schager Major-Auditor in der Militärkanzlei des Kaisers.

untersucht werden, die gegen Czernin infolge der Briefaffaire erhoben wurden. Der erste Vorwurf war der, er hätte den Inhalt des vom Kaiser an Prinz Sixtus gerichteten Briefes in Wirklichkeit gekannt, als aber die Sache durch Clémenceau aufkam, sich überrascht und unwissend gestellt und alle Schuld auf den Kaiser gewälzt, um selbst vor Deutschland rein dazustehen. Gestützt wird dieser Vorwurf darauf, daß Czernin nicht nur um die Betrauung des Prinzen Sixtus mit der Anbahnung einer Fühlungnahme mit der französischen Regierung gewußt, sondern dieselbe auch gutgeheißen, ja selbst die Berufung des Prinzen nach Laxenburg veranlaßt, mit ihm persönlich gesprochen und ihm sogar ein eigenhändig entworfenes, auf diese Fühlungnahme bezügliches Schriftstück übergeben habe. Ich werde auf diese Vorkommnisse in einem anderen Zusammenhange noch eingehend zu sprechen kommen; hier genügt es darauf hinzuweisen, daß das erwähnte Schriftstück mit dem Briefe, um den es sich bei den Veröffentlichungen im April 1918 handelte, nicht das geringste zu tun hatte. Das Schriftstück, das Czernin verfaßt hat, war kein Brief, sondern ein Aide-mémoire, es wurde dem Prinzen im Mai 1917 und nicht im März übergeben, und von Elsaß-Lothringen war darin mit keiner Silbe die Rede.*) Wie hätte aber vor allem Czernin, wenn er um jenen Brief gewußt hätte, sich dem Kaiser und der Kaiserin gegenüber unwissend stellen können? Und schließlich, wenn Czernin geahnt hätte, daß der Kaiser in einem der französischen Regierung vorzuweisenden Briefe die Gerechtigkeit der französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen anerkannt habe, wie hätte er daran denken können, in einer öffentlichen Rede zu erklären, der Versuch einer Fühlungnahme mit

*) Der Wortlaut dieses Aide-mémoires ist im Anhang unter Nr. 18 veröffentlicht.

Frankreich sei an der Weigerung Frankreichs, diese Ansprüche fallen zu lassen, gescheitert? Diejenigen, die wissen, wie unglücklich Czernin nachträglich darüber war, daß er jene Stelle in seine Rede aufgenommen hat, werden an der Ahnungslosigkeit, in der er sich bezüglich des Kaiserbriefes befand, keinen Zweifel hegen. Nicht ihn trifft die Schuld daran, daß durch diese Rede die Briefaffaire heraufbeschworen wurde, sondern jene, die um den Brief tatsächlich wußten, das Konzept der Rede gelesen hatten, bevor sie gehalten wurde, und Czernin trotzdem auf die Gefahr, in die er sich begab, nicht aufmerksam machten. Auch auf die Gründe, die Czernin veranlaßt hatten, diese Rede zu halten, werde ich noch zurückkommen.

Aus den angeführten Umständen ist ersichtlich, daß die Unterstellung, Czernin habe von dem Briefe an Prinz Sixtus und dessen Inhalt gewußt, ganz unhaltbar ist. Sie wurde auch bald fallen gelassen und durch folgende Argumentation ersetzt: Gut, Czernin wußte von dem Briefe nichts. Aber er hätte, sobald er davon erfuhr, die Sache sofort auf sich nehmen und den Kaiser decken sollen. Statt dessen waren die Communiqués in der Briefangelegenheit in einer solchen Weise abgefaßt, daß daraus hervorging, daß der Kaiser auf eigene Faust gehandelt hatte; statt den Herrscher zu entlasten, stellten sie ihn bloß. Es muß zugegeben werden, daß dieser Vorwurf auf jene, die die Vorgänge, die sich zwischen dem Kaiser und Czernin in jenen kritischen Tagen des April 1918 abspielten, nicht kennen, sondern nur auf die offiziellen Communiqués angewiesen sind, den Eindruck einer gewissen Berechtigung machen muß — und jene sind, bis auf eine ganz geringe Anzahl von Per-

sonen, die gesamte Öffentlichkeit. Doch mit der Kenntnis des Inhalts des Hughes-Gespräches, das am 9. April zwischen Kaiser und Czernin geführt wurde, fällt er in sich zusammen. Wie konnte Czernin den Kaiser decken, wenn der Kaiser jene Handlung, die gedeckt werden sollte, dezidiert in Abrede stellte? Wie konnte Czernin anders handeln, als die Anschuldigung Clémenceaus kategorisch als erfunden zurückweisen, wenn der Kaiser ihn trotz eindringlichen Befragens versicherte, daß er niemals etwas derartiges, wie Clémenceau behauptet hatte, noch überhaupt ohne Wissen Czernins an einen seiner Schwäger etwas Politisches geschrieben habe? Daß nach jenem kategorischen Démenti die Eröffnung, es sei doch ein Brief, wenn auch nicht des selben Inhalts, geschrieben worden, auf den Kaiser ein merkwürdiges Licht werfen mußte, ist klar, aber daran trifft die Schuld den Kaiser, nicht Czernin. Hätte der Kaiser seinem Minister bei jenem Hughes-Gespräch reinen Wein eingeschenkt, hätte er ihm offen und ehrlich gesagt: Ja, ich habe tatsächlich an meinen Schwager einen Brief geschrieben, der mit dem Communiqué Clémenceaus gemeint sein muß, helfen Sie mir nun, aus der Sache herauszukommen — dann hätte Czernin vielleicht noch Mittel und Wege finden können, um die Angelegenheit in ein solches Geleise zu führen, daß wir Deutschland gegenüber nicht bloßgestellt und der Kaiser doch gedeckt worden wäre. So aber hat der Kaiser selbst es Czernin unmöglich gemacht, der Angelegenheit eine Wendung zu geben, die ihn entlasten würde, sondern er hat ihn durch seine Versicherungen im Gegenteil dazu getrieben, die Sache durch ihre anfängliche vollkommene Ableugnung

ganz zu verderben. Die ganze weitere Entwicklung der Angelegenheit ist nichts anderes als die logische Folge jenes der Öffentlichkeit bisher unbekannten, aber den Kernpunkt der Frage bildenden Hughes-Gespräches. Denn das auf dieses Gespräch hin erlassene Dementi zwang Clémenceau selbstverständlich zur Veröffentlichung des Textes des abgeleugneten Briefes, und nun mußte dem vermeintlich falschen Texte Clémenceaus der vermeintlich richtige Text des Kaisers entgegengehalten werden. Czernin — ich muß dies gegenüber den vollkommen aus der Luft gegriffenen Behauptungen Schagers nochmals betonen — glaubte ja, daß der Text des Kaisers der richtige sei, er glaubte an die Fälschung des von Clémenceau veröffentlichten Textes, und es wäre geradezu widersinnig gewesen, darauf zu verzichten, diese Fälschung durch Gegenüberstellung der beiden Texte öffentlich festzunageln. Gerade der Umstand, daß — wie der Kaiser Czernin ausdrücklich versicherte — Prinz Sixtus keinen Auftrag erhalten hatte, den Brief, der ja ein Privatbrief war, vorzuzeigen, machte die Erklärung möglich, daß Clémenceau eine gefälschte Abschrift desselben vorgelegen habe, während umgekehrt die Behauptung, es sei überhaupt kein Brief geschrieben worden, nicht nur sinnlos und — des zu befürchtenden Gegenbeweises halber — höchst gefährlich gewesen wäre, sondern ganz bestimmt auch keinen Glauben gefunden hätte; man konnte nicht annehmen, daß Clémenceau ein vom Anfang bis zum Ende erfundener Brief unterschoben worden sei. Als dann Clémenceau den ganzen Vorgang, wie der Brief der französischen Regierung zur Kenntnis gebracht wurde, veröffentlichte, war allerdings ein Zweifel an der Richtigkeit der französischen Darstellung nicht mehr möglich, die Beweiskette, deren Glieder der Kaiser in der Hand gehalten,

aber Czernin stets nur notgedrungen und jedesmal erst dann ausgeliefert hatte, wenn sie ihm bereits von Clémenceau entwunden worden waren, war geschlossen. Der Kaiser selbst hat übrigens auch fernerhin nie zugegeben, daß die Clémenceausche Fassung die richtige sei, und erst die in der „Illustration" vom 3. Jänner d. J. reproduzierte Photographie des kaiserlichen Briefes erbrachte den unumstößlichen Beweis.

Czernin hatte, als die Briefaffaire ins Rollen kam, Gründe genug, um Versicherungen des Kaisers, daß er nichts ohne sein Wissen unternehme, gewisse Zweifel entgegenzusetzen, denn seit dem Sommer 1917 war es mehrmals vorgekommen, daß er nachträglich von hinter seinem Rücken unternommenen Schritten des Kaisers und seiner Umgebung erfuhr. Damals aber, als die Verhandlungen mit Prinz Sixtus stattfanden, also im Frühjahr 1917, war das Verhältnis zwischen Kaiser und Czernin noch das beste und vertrauensvollste gewesen, und Czernin konnte nicht annehmen, daß der Kaiser, der bei den Verhandlungen vollkommen mit Czernin auf einer Linie zu gehen schien, zugleich hinter Czernins Rücken dem Prinzen einen so schwerwiegenden, die Basis der Verhandlungen geradezu umstoßenden Brief gesendet hätte. Als daher der Kaiser Czernin am 9. April die erwähnten Versicherungen gab, war letzterer zwar angesichts der so dezidierten und siegesgewissen Erklärungen Clémenceaus im Zweifel, ob nicht hinter dem Rücken des Kaisers irgend etwas vorgegangen sei, daß aber der Herrscher selbst in der Angelegenheit nicht kompromittiert sei, davon war Czernin nach diesen Versicherungen überzeugt. Nun kam Czernin nach Wien, und der Kaiser erklärte ihm, daß er doch einen Brief geschrieben, daß also die Versicherungen, die er ihm vor zwei Tagen gegeben, falsch seien! Das änderte

die Sachlage mit einem Schlage. Czernin war nun mit Recht sehr skeptisch geworden, und als nunmehr Clémenceau am folgenden Tage den Text des Kaiserbriefes veröffentlichte, da konnte Czernin es nicht mehr wagen, den Behauptungen Clémenceaus wieder auf die bloßen Versicherungen des Kaisers hin entgegenzutreten, er mußte sich Garantien dafür schaffen, daß der Kaiser ihm nicht wieder die Wahrheit vorenthielt und dadurch seinem Minister nochmals Unterlagen gab, die sich nachträglich und zu spät als zerbrechlich erweisen würden. Eine solche Garantie war nach den soeben gemachten Erfahrungen nur in der Abverlangung einer ehrenwörtlichen Erklärung des Kaisers zu erblicken.*) Außerdem aber wissen wir, welchen Eindruck die Enthüllungen Clémenceaus auf unseren deutschen Bundesgenossen machten und machen mußten, und wir kennen die Folgen, die dieser Eindruck hervorbringen mußte. Bloße mündliche Versicherungen Czernins, daß die Angelegenheit sich so verhalte, wie der Kaiser und er sie darstellten, hätten keine Wirkung erzielen können. Der deutsche Botschafter hätte seiner Regierung berichtet: Es ist klar, daß Graf Czernin mir gegenüber die Darstellung des Kaisers als die der Wahrheit entsprechende hinstellt, er muß dies ja als Minister des Äußern tun; eine wirkliche Gewähr dafür, daß die Sache sich so verhält, wie er sie darstellt, kann ich jedoch in seiner Erklärung nicht erblicken. Um dem zu begegnen, mußte Czernin dem deutschen Botschafter beweisen können, daß der

*) Die Abverlangung dieses Ehrenwortes, das sich der Kaiser übrigens nicht, wie Schager behauptet, „abringen" ließ, sondern ohne Zaudern gab, ist später Czernin zum besonderen Verbrechen angerechnet worden, da er gewußt habe, daß das Ehrenwort falsch sei. Czernin hat nicht nur nicht gewußt, daß das Ehrenwort falsch sei, sondern in der selbstverständlichen Annahme, daß der Kaiser kein falsches Ehrenwort geben werde, war es ihm im Gegenteil das einzige Mittel, die Wahrheit zu erfahren. Es will mir scheinen, daß man den Kaiser schlecht verteidigt, indem man jemand, der von ihm ein Ehrenwort verlangt, ohne weiteres voraussetzen läßt, daß es falsch sei.

Kaiser — und mit ihm Czernin — nicht nur nach außen hin die Angelegenheit so darstellten, wie sie es in Wirklichkeit taten, sondern daß der Kaiser seinem Minister auch unter vier Augen nichts anderes mitgeteilt hatte, und einen solchen Beweis konnte er nur durch Vorzeigen jener ehrenwörtlichen Erklärung erbringen. Dies ist keine nachträgliche Interpretierung, sondern es ist der Gedankengang, den mir Czernin am Tage selbst, an dem er jene Erklärung verlangt hatte, entwickelte.

Sowohl Czernin selbst als auch ich hatten in Privatgesprächen wiederholt erklärt, daß Czernin in der Sixtus-Angelegenheit vom Kaiser immer erst so spät informiert worden ist, daß es unmöglich war, aus dem Impaß, in den man sich begeben hatte, herauszukommen, sondern daß man dadurch im Gegenteil immer tiefer hineingeriet. Das Argument, Czernin habe den Kaiser bloßgestellt, statt ihn zu decken, mußte daher mit der Zeit an Wirkung verlieren, und es wird statt dessen in den jüngsten Angriffen gegen Czernin, insbesondere in den in der „Sonn- und Montags-Zeitung" vom 22. März d. J. veröffentlichten Auslassungen Schagers, eine andere Taktik eingeschlagen. Der Sinn dieser Auslassungen ist der: Czernin möge doch nicht so tun, als ob er in der Sixtus-Affaire unschuldig sei wie ein neugeborenes Kind, denn er ist es ja gewesen, der seinerzeit die Berufung des Prinzen Sixtus nach Wien und Laxenburg veranlaßt, mit dem Prinzen persönlich gesprochen und bei seiner Betrauung mit einem Vermittlungsversuch bei der Entente aktiv mitgewirkt hat; dies seien die ausschlaggebenden Tatsachen und der Brief des Kaisers sei demgegenüber nur eine Formsache gewesen — „Czernin habe gesprochen, der Kaiser geschrieben"; es sei also Heuchelei, wenn

Czernin, der um die ganze Sache wußte und nur den Brief nicht kannte, dieses an sich so geringfügige Moment vorschob und aufbauschte, um dadurch den Eindruck zu erwecken, daß hinter seinem Rücken „Geheimpolitik" getrieben worden sei. Außerdem aber — so hört man weiter argumentieren — sei aus den verschiedenen Enthüllungen der letzten Zeit, nicht zum geringsten aus dem Czerninschen Buche über den Weltkrieg selbst, bekannt geworden, daß ja Czernin tatsächlich zu wiederholten Malen auf Deutschland in der Richtung einer Verzichtleistung auf Elsaß-Lothringen zugunsten Frankreichs einzuwirken versucht hat, ja daß diese Versuche eines der wichtigsten Kapitel seiner Politik gebildet haben; der Kaiser habe also genau dasselbe gewollt wie Czernin!

Es wird bei dieser Argumentation doch allzusehr auf die Urteilslosigkeit des Publikums gerechnet. Für einen jeden, der sich die Mühe nimmt, die Aufzeichnungen, die Czernin im Frühjahr 1917 dem Prinzen Sixtus übergeben hatte, mit dem Texte des Kaiserbriefes zu vergleichen, muß es doch in die Augen springen, daß der Brief keine belanglose Formsache war, sondern daß er über die dem Prinzen gegebenen Aufträge, soweit sie mit Wissen Czernins erfolgt waren, nicht nur meritorisch weit hinausging, sondern sie zum Teile abänderte. Seit den Enthüllungen der „Opinion" wissen wir übrigens, daß sich jener Teil der Sixtus-Aktion, der sich hinter dem Rücken Czernins abgespielt hat, nicht auf den bekannten Brief des Kaisers allein beschränkt, sondern noch eine Reihe anderer schriftlicher wie mündlicher Aufträge umfaßt, die samt und sonders den mit Wissen Czernins erteilten Direktiven widersprachen; ja, wir erfahren sogar aus jenen Enthüllungen, daß, als Czernin von den Bemühungen des Prinzen um den Frieden in Kenntnis gesetzt wurde, in

ihm fälschlich der Eindruck erweckt worden ist, als ob der Kaiser erst jetzt an den Prinzen herantreten wolle, während in Wirklichkeit der politische Verkehr mit ihm schon seit Wochen andauerte, und zwar schon seit Wochen in dem Czernin gegenüber verheimlichten Sinne des Strebens nach einem Separatfrieden! Man stelle sich nur einen Minister des Äußern vor, der auf Grund von einem Vermittler erteilten, auf einen allgemeinen Frieden abzielenden Instruktionen arbeitet, während hinter dem Rücken dieses Ministers diesem selben Vermittler vom Kaiser und seiner Umgebung Instruktionen gegeben werden, die den Abschluß eines Separatfriedens anstreben; man stelle sich nur vor, wie dieser Minister in seiner Friedensarbeit durch eine solche hinter seinem Rücken vorgenommene grundlegende Änderung des Kurses auf eine ganz falsche Bahn gelenkt, wie ihm die Erreichung seines Zieles von vornherein unmöglich gemacht wird; man stelle sich vor, daß der Kaiser ihm sagt: Arbeiten Sie auf die Erreichung eines allgemeinen Friedens hin, und daß der selbe Kaiser hinter seinem Rücken dem Feinde sagen läßt: Nehmt Euch ein Stück aus dem Gebiete meiner Verbündeten! *) Und dieser Minister heuchelt, wenn er von einer hinter seinem Rücken getriebenen Nebenpolitik spricht? Dabei war die Sixtus-Affaire nicht der einzige, sondern nur der krasseste Fall dieser Nebenpolitik. **)

*) Wie aus den Enthüllungen der „Opinion" hervorgeht, hat der Kaiser Frankreich auch sagen lassen, daß Rußland Konstantinopel bekommen solle.

**) Aus der „Illustration" vom 3. Jänner d. J. ist unter anderm ersichtlich, daß Prinz Sixtus von Parma das Czerninsche Aide-mémoire der französischen Regierung in einer den Sinn vollkommen verfälschenden Fassung vorzeigte, indem in die für die französische Regierung bestimmte Uebersetzung des deutschen Originals ein Passus über den angestrebten Abschluß eines Sonderfriedens eingeschoben wurde, der im Original fehlt, und indem an einer anderen Stelle der Sinn durch falsche Uebersetzung entsprechend geändert wurde. Es mußte diese Verfälschung logischerweise vorgenommen werden, da ja die Aktion des Prinzen von Beginn an der französischen Regierung gegenüber auf einen Sonderfrieden abzielte und natürlich auch die Absichten Czernins den französischen Staatsmännern unter diesem Lichte präsentiert werden mußten. Nichts

Was nun aber den Einwand betrifft, daß ja Czernin selbst Deutschland zu einem Verzicht auf Elsaß-Lothringen zu bewegen suchte, so muß es doch auch dem vollständigen Laien auf dem Gebiete der Politik und Diplomatie einleuchten, daß es ein Unterschied ist, dem Verbündeten zu einer Abtretung zu raten und dem Feinde davon zu sprechen. Gegenüber Frankreich hätte von der Abtretung Elsaß-Lothringens selbstverständlich erst und nur dann die Rede sein dürfen, wenn Deutschland nicht nur in diese Abtretung eingewilligt, sondern uns auch ermächtigt hätte, dieses Zugeständnis aus der Hand zu geben. Der Vorgang des Kaisers war nicht nur eine Preisgabe der Interessen des Verbündeten, sondern auch eine ganz kolossale und unnötige Schwächung unserer und Deutschlands Position für den Fall kommender Friedensverhandlungen.

Es wird Czernin auch die Rede selbst, die er am 2. April 1918 gehalten hat, sehr zum Vorwurf gemacht; er hätte — so wird gesagt — voraussehen müssen, daß dadurch die Mission des Prinzen Sixtus ans Licht gezogen werden könne. Diesem Vorwurf ist eigentlich mit dem, was ich in dieser Schrift bisher gesagt habe, schon begegnet: das, was Czernin von der Mission des Prinzen Sixtus wußte, das ans Licht zu ziehen, brauchte er nicht zu scheuen. Abgesehen davon war das, was er wußte, nicht geeignet, Clémenceau zu reizen,

hätte den grundlegenden Unterschied zwischen den Absichten Czernins, der einen allgemeinen Frieden im Einvernehmen mit den Verbündeten anstrebte und dem die vorherige Sicherstellung der Integrität der Monarchie ein taktisches Mittel war, um auf die Verbündeten einen größeren Druck im Sinne der Herabschraubung ihrer Ansprüche ausüben zu können, und den Bestrebungen des Kaisers oder der Familie Parma, die diese Sicherstellung zum Selbstzweck wendeten, um hiedurch auf Kosten der Verbündeten zum Sonderfrieden zu gelangen, sinnfälliger zum Ausdruck bringen, nichts das Doppelspiel, das mit Czernin getrieben wurde, trefflicher illustrieren können, als jene Fälschung des Czerninschen Mémoires, die aus dem Vergleiche des deutschen Originaltextes und seiner französischen Uebersetzung — siehe Nr. 18 des Anhanges — hervorgeht.

denn Clémenceau hat ja tatsächlich mit dem reagiert, was Czernin nicht wußte, nämlich mit dem Kaiserbrief! Man geht aber weiter und sagt: es sei ein Vertrauensbruch gewesen, Verhandlungen, die verabredetermaßen geheimgehalten werden sollten, der Öffentlichkeit mitzuteilen; es sei aber auch unpolitisch gewesen, denn dadurch, daß Czernin das Geheimnis der Verhandlungen Armand-Revertera preisgegeben habe, habe er Österreich-Ungarn für alle Zukunft den Weg zu neuen Verhandlungen mit der Entente versperrt. Und schließlich wird verkündet, Czernins Rede sei nichts anderes als ein letzter Versuch gewesen, sich in den Delegationen eine Mehrheit zu schaffen; mit den Polen und Ungarn überworfen, habe er sich durch sie in die Arme der Alldeutschen flüchten wollen.

Es bedarf allerdings keines besonderen Scharfblicks, um zu erkennen, daß Czernins Worte nicht an die Adresse Frankreichs, sondern an die Deutschlands gerichtet waren. Seit der Erzberger-Affaire*) genoß Kaiser Karl nicht mehr das volle Vertrauen seines Verbündeten. Dies hatte sich bei mancherlei Anlässen gezeigt und in den vielen Fällen, in denen wir Deutschlands Unterstützung brauchten, ungünstige Wirkungen geübt. Zugleich behinderte uns das deutsche Mißtrauen in immer höherem Maße in der Verfolgung unserer Friedensziele, ja es kam so weit, daß Deutschland fast jeder von uns angeregten Aktion, die der Friedensfrage galt, sich von vornherein widersetzte, da es nicht mehr die Überzeugung hatte, daß wir uns von ihm auf dem Wege zum Frieden nicht trennen würden. Dieser Zustand wäre, rein realpolitisch gedacht, erträglich gewesen, wenn ein Abschwenken von Deutschland von uns tatsächlich ins Auge gefaßt worden wäre. Doch Kaiser Karl hatte

*) Siehe die Wedel'schen Enthüllungen in Nr. 13 des Anhanges.

im Frühjahr 1918 längst erkannt, daß uns ein Friede ohne oder gegen Deutschland nicht den geringsten Nutzen bringen würde. Sowohl das Scheitern der von Prinz Sixtus unternommenen Aktion als auch später die Erfolglosigkeit der Verhandlungen Revertera-Armand hatten den Beweis erbracht, daß eine Abänderung des Londoner Paktes *) zu unseren Gunsten stets an dem Widerstande Italiens scheitern würde und daß sich somit die Monarchie vor der ihr drohenden Verstümmelung auch durch den Abschluß eines Separatfriedens nicht retten könnte. Es blieb also nur der Weg, zu versuchen, mit Deutschland zu einem baldigen Ausgleichsfrieden zu gelangen, und dieser Weg konnte von Österreich-Ungarn nur dann mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden, wenn es sich die Möglichkeit der Initiative und Führung bewahrte. Je vertrauensvoller die Beziehungen zwischen Berlin und Wien waren, desto eher konnte man darauf hoffen, Deutschland doch noch für die gemeinsame Verfolgung jenes Zieles und für die Methoden, die wir für seine Erreichung richtig hielten, zu gewinnen. Dies waren die Erwägungen, die in Kaiser Karl den Wunsch aufkommen ließen, sich durch ein eklatantes Bekenntnis zum Bündnisgedanken das volle Vertrauen Deutschlands wiederzugewinnen, und dieser Absicht entsprang die Rede Czernins vom 2. April 1918. Dadurch, daß offen betont werden sollte, daß österreichisch-ungarische Friedensmöglichkeiten an der Absicht des Feindes scheiterten, deutsches Gebiet zu annektieren, sollte vor aller Welt dargetan werden, daß wir ebenso wie für die eigene auch für die Integrität Deutschlands kämpften, daß — wie Czernin es ausdrückte — kein Unterschied

*) Im September 1914 zu London geschlossenes Abkommen, wodurch England, Frankreich und Rußland sich gegenseitig ihre Kriegsziele garantierten. Bei seinem Kriegseintritt ist Italien diesem Abkommen beigetreten.

gemacht werden solle zwischen Straßburg und Triest. Der Gedanke, in jener Rede das auszusprechen, was sodann Czernin als beispielloser Leichtsinn ausgelegt wurde, wurde also nicht nur im vornhinein mit dem Kaiser genau besprochen, sondern er entsprang geradezu dem Wunsche des Monarchen, und es wurde sogar zwischen Kaiser und Minister ausgemacht, daß ersterer bei nächster sich bietender Gelegenheit das, was Czernin sagen würde, noch persönlich unterstreichen sollte. Daß die Rede sodann gerade das Gegenteil dessen auslöste, was bezweckt war, und daß die Schuld daran dem ahnungslos in die ihm von seinem eigenen Kaiser — wenn auch nicht absichtlich — gegrabene Grube fallenden Minister in die Schuhe geschoben wurde, ist eine der tragischsten Ironien menschlichen Schicksals.

Czernin wurde, wie erwähnt, an dieser Rede auch Wortbruch und Abschneiden der Möglichkeit künftiger Friedensgespräche sowie Sucht, sich selbst im Sattel zu halten, zum Vorwurf gemacht. Demgegenüber sei bemerkt, daß die Friedensmöglichkeiten gegenüber Frankreich damals erschöpft waren und daß insbesondere von dem Frankreich Clémenceaus ein Nachgeben in den Zielen, die sich dieser Staatsmann von vornherein gesteckt hatte, unter gar keinen Umständen zu erwarten war. Czernin hatte damals bereits andere Friedensmöglichkeiten im Auge, und die bezüglichen Verhandlungen waren im Gang.*) Vor allem aber ist es naiv zu glauben, daß die Möglichkeit der Anbahnung von Friedensgesprächen mit dem Feinde von der persönlichen Gewogenheit des leitenden Staatsmannes abhängt. Wäre im weiteren Verlaufe des Krieges eine Lage eingetreten, die es Frankreich

*) Diese Verhandlungen fanden mit Wilson statt. In der letzten Note Wilsons, die kurz vor Czernins Rücktritt eintraf, sagte er wörtlich, er sei bereit, jeden Vorschlag, den ihm der Kaiser von Oesterreich machen würde, in reiflichste Erwägung zu ziehen. Diese Note wurde nach Czernins Rücktritt nicht mehr beantwortet.

als nützlich hätte erscheinen lassen, sich mit uns in ein weiteres Gespräch einzulassen, so hätte die Fehde Czernin-Clémenceau daran nichts geändert; das Gespräch wäre eben durch neue Männer angeknüpft worden. Man darf aber auch nicht mit zweierlei Maß messen. Es ist heute bekannt, daß in der Schweiz auch Besprechungen mit England stattgefunden haben, die durch Mensdorff und Smuts vermittelt wurden; ihre Geheimhaltung war ebenso ausbedungen worden wie die der Unterredungen zwischen Armand und Revertera, und doch hat die englische Regierung im Parlament auf eine Anfrage die Tatsache — sowie Czernin ohne Nennung der Namen — ohne weiteres zugegeben, ohne daß bei uns auch nur jemand daran gedacht hätte, England des Wortbruchs zu zeihen. Anderseits hege ich auch Zweifel darüber, ob gerade jene, die Czernin einen Wortbruch gegenüber dem feindlichen Frankreich vorwerfen, einen ebenso hohen Grad moralischer Prinzipienfestigkeit bewiesen hätten, wenn es sich um einen Verrat am verbündeten Deutschland gehandelt hätte.

Wie sehr die Feinde Czernins bei ihrem Bestreben, ihm aus allem und jedem einen Vorwurf zu machen, das nüchterne Urteil verlieren, erhellt am besten aus der Anschuldigung, seine Rede vom 2. April sei dem Wunsche entsprungen, sich am Ruder zu erhalten. Wie kann man sich so sehr mit jenen Ideen, deren Träger man zu verteidigen vermeint, in Widerspruch setzen, als indem man Czernin mit nicht mißzuverstehendem Hohne seine Anfeindung durch Polen und Ungarn vorhält? Wissen denn jene, die den Frieden um jeden Preis wollten, nicht, daß Czernin sich deswegen mit den Polen überworfen hat, weil er sonst den Frieden mit der Ukraine nicht bekommen hätte, jenen Frieden, der in einem in Laxenburg am 24. Jänner 1918 abgehaltenen Ministerrate als un-

bedingt notwendig bezeichnet wurde, um Österreich vor der Katastrophe des Verhungerns zu retten, jenen selben Frieden, um dessentwillen der Kaiser Czernin spontan in den Fürstenstand erheben wollte?*) Und wissen sie nicht, daß er sich die Ungarn zu Feinden gemacht hat, weil ihre territorialen Ansprüche gegen Rumänien den rumänischen Frieden in Frage zu stellen drohten? Wir haben im vorangehenden die Gründe, die Czernin zu seiner Rede vom 2. April veranlaßt hatten, kennen gelernt; aber selbst wenn er dabei mit den Zweck verfolgt hätte; sich in den Delegationen mit Hilfe der Deutschen, wenn auch nicht der „Alldeutschen", eine Mehrheit zu schaffen — ist es denn in einem parlamentarisch regierten Lande nicht das Um und Auf für eine Regierung, sich eine Mehrheit zu schaffen?

Wie sehr die Kritik jede Linie verlieren kann, das ist auch aus dem Standpunkte zu ersehen, den die Kritiker Czernins seinem Rücktritte gegenüber einnehmen. In einem Atem wird ihm vorgeworfen, daß er den Kaiser im schwierigsten Momente im Stich gelassen hat, und dann wieder, daß er, wenn er sich wirklich überzeugt hatte, daß hinter seinem Rücken Nebenpolitik getrieben wurde, sofort hätte zurücktreten sollen. Wir wissen, welches der unmittelbare Anlaß von Czernins Rücktritt war. Es war nicht, wie die Öffentlichkeit — besonders im Ausland — größtenteils wähnte, die Enthüllung der Briefaffaire und die peinliche Situation, in die Czernin dadurch geraten war, an sich, nicht aus Unmut über das nun enthüllte Vorgehen des Kaisers entsprungener Mangel an Willen, ihm zu helfen, sondern die sich aus seinem Vorgehen nach der Enthüllung ergebende Unmöglichkeit, ihm wirksam beizustehen. Die tieferen Ursachen von Czernins Rücktritt lagen aller-

*) Die Standeserhöhung unterblieb über Bitte Czernins.

dings in seinem Verhältnis zum Kaiser und dessen Umgebung, und sie reichten auf ungefähr drei Viertel-Jahre zurück.

Czernin war von jeher der Meinung gewesen, daß wir aus dem Weltkriege keinesfalls als Sieger hervorgehen würden, und er vertrat stets den Standpunkt, daß die Erhaltung der territorialen Integrität der Monarchie das Höchstausmaß dessen darstelle, was erreicht werden könne. Ich erinnere mich, daß er, als er noch Gesandter in Rumänien war, zu einer Zeit, da unsere Heere an allen Fronten in siegreichem Vormarsch begriffen und die Ernährungsverhältnisse bei uns noch relativ recht günstige waren, diesem Gedanken in einem ausführlichen Berichte an das Ministerium des Äußern Ausdruck gegeben hatte. Czernin war daher der Ansicht, daß unbedingt getrachtet werden müsse, sobald als möglich einen Kompromißfrieden zustandezubringen, und auf Grund dieses Programms erwählte ihn Kaiser Karl, der so dachte wie er, zu seinem Minister des Äußern. Während der ersten Zeit der Ministerschaft Czernins war das Verhältnis zwischen ihm und dem Kaiser das beste und anscheinend vertrauensvollste; daß schon damals der Kaiser, wie die Briefaffaire und seither die Enthüllungen der „Opinion" bewiesen, hinter dem Rücken seines Ministers andere Wege ging, davon hatte Czernin nicht die geringste Ahnung. Der erste Schatten auf das Verhältnis beider fiel durch den Amnestie-Erlaß, von dem Czernin vorher keine Kenntnis hatte; er empfand es als äußerst verletzend, daß der Kaiser ihn vor Fassung eines auch in seinen Rückwirkungen auf die äußere Politik so schwerwiegenden Entschlusses nicht um seinen Rat gefragt hatte. Den ersten tieferen Riß erlitt das Verhältnis zwischen Kaiser und Minister durch das Aufkommen der Erzberger-Affaire, worüber die unlängst veröffent-

lichten Mitteilungen des Grafen Wedel umfassenden Aufschluß geben.*) Damals erst hat Czernin erkannt, daß hinter seinem Rücken Kräfte tätig waren, die nicht nur einem anderen Ziele zuzustreben schienen als er und die offizielle Politik, sondern die insbesondere auch die Ziele, die wir erstrebten, durch Mittel zu erreichen trachteten, die den Erfolg der offiziellen Politik von vornherein kompromittieren mußten. Es ist ja nunmehr erwiesen, daß dadurch, daß der bekannte Geheimbericht Czernins vom April 1917, der nur für Kaiser Wilhelm und die ausschlaggebenden Faktoren des Deutschen Reiches bestimmt war und den Zweck verfolgte, diese letzteren zu einer anderen Anschauung der Friedensfrage zu bestimmen, ohne Czernins Wissen dem Abgeordneten Erzberger gezeigt wurde, von dem er auf dem Wege von Indiskretionen in die Schweiz und in Feindesland geriet, daß dadurch die Entente zu einer Auffassung über unsere Situation bestimmt wurde, die es bewirkte, daß die bei ihr bestandene Neigung, sich in Gespräche über allgemeine Friedensmöglichkeiten einzulassen, mit einem Male schwand. Aber auch das persönliche Vertrauen Czernins zum Kaiser, der den Empfang Erzbergers kategorisch geleugnet hatte, erlitt durch dieses Vorkommnis begreiflicherweise einen argen Stoß. Der Fall Erzberger blieb nicht vereinzelt. Auf Veranlassung der Familie Parma wurde — ebenfalls hinter dem Rücken Czernins — eine geheime Korrespondenz mit dem Heiligen Stuhl über Friedensmöglichkeiten speziell bezüglich Italiens angeknüpft. Dadurch daß eine der Antworten aus Rom durch Versehen ihren Weg über unsere — damals in der Schweiz tätige — Botschaft beim Vatikan und das Ministerium des Äußern nahm, erhielt ich und durch mich Czernin von dieser Korrespondenz Kennt-

*) Abgedruckt im Anhang unter Nr. 18

nis. Ich möchte hier ausdrücklich betonen, daß ich auch nicht im entferntesten daran denke, der Familie Parma den guten Willen, Österreich durch diese Sonderaktionen zum Frieden zu verhelfen, abzusprechen; aber es ist klar, daß solche Schritte, die mit den offiziellen österreichisch-ungarischen Erklärungen nicht übereinstimmten, die offizielle Politik schädigen und sie von vornherein um jede Aussicht auf Erfolg bringen mußten. Fand man die Wege, die der Minister des Äußern vorschlug, um zum Frieden zu gelangen, nicht zweckentsprechend, so wäre die natürliche Konsequenz die gewesen, ihn zu entlassen und jemanden mit der Leitung der auswärtigen Politik zu betrauen, der die geeignet befundenen Wege zu gehen bereit war. Man durfte aber nicht die Vorschläge des Ministers annehmen und sie hinter seinem Rücken durchkreuzen; das Wohl der Völker Österreich-Ungarns war ein zu heiliges Gut, um zum Objekt der Freude an geheimen Regierungsexperimenten gemacht zu werden! Der Kaiser selbst übrigens tat hiebei nur widerwillig mit. Nicht nur daß er — entgegen der Familie Parma, die Deutschland und alles, was deutsch war, haßte — im Grunde genommen, wenn er sich auch oft in Kleinigkeiten aufhetzen ließ, doch bundesfreundlich dachte, war ihm auch das geheime politische Getriebe, dem er sich durch seine vielen, oft ganz zwecklosen Frontreisen möglichst zu entziehen suchte, unsympathisch. Aber er war zu schwach, um sich von jenen Einflüssen frei zu machen; er war sich der Zweideutigkeit der Situation bewußt, suchte aber das unangenehme Gefühl, in das ihn dieses Bewußtsein versetzte, möglichst dadurch zu verscheuchen, daß er sich einredete, all' die kleinen Aktionen der Familie Parma hätten keine Bedeutung, und daß er seine passive Mitwirkung daran so rasch als möglich zu vergessen trachtete.

Hatte Czernin schon durch diese Umstände mit kolossalen Schwierigkeiten zu kämpfen, so wurde ihm seine Arbeit durch allerlei Intriguen, die sich gegen ihn persönlich richteten, noch mehr erschwert. Im Mittelpunkte jener, die gegen Czernin und sein Ressort hetzten, wo sie nur konnten, und ihm in allem und jedem einen Prügel zwischen die Füße zu werfen trachteten, stand Polzer, der Chef der Kabinettskanzlei des Kaisers. Er war von einem maßlosen, jede andere Regung beherrschenden Ehrgeiz beseelt und konnte es nicht ertragen, daß ein anderer den Kaiser beriet, ohne sich zuerst um seine, Polzers, Meinung zu bekümmern. Ich habe während meiner Dienstzeit beim Kaiser beobachten können, wie Polzer von den höchsten Staatswürdenträgern umschmeichelt wurde und welchen Einfluß er sich — zumindest in Dingen der inneren Politik — zu wahren verstand. Doch an Czernin prallten seine Versuche ab. Dieser nahm von Polzer keine Notiz, Anläufen aber, sich auch in Angelegenheiten des auswärtigen Ressorts zu mischen, trat er energischest entgegen. Daß Polzer trotzdem, und zwar auch nach seinem Sturz — bezeichnenderweise in streng geheimgehaltenen Zusammenkünften — vom Kaiser um seinen Rat befragt wurde, konnte Czernin indes nicht verhindern, und Polzer hat es auch weiterhin verstanden, seinen Einfluß aufrechtzuerhalten und dem Kaiser unverantwortliche Ratgeber zuzuführen, die ihn in seinen der offiziellen Politik zuwiderlaufenden Neigungen bestärkten. Nächst Polzer war es der Chef der Militärkanzlei, Baron Marterer, der Czernin nach Kräften in den Weg zu treten trachtete; er hatte mit Polzer den Haß gegen Czernin, nicht aber den Verstand gemein.

Auf der anderen Seite hatte sich der Kaiser fast ausschließlich mit Männern umgeben, die ihm seinerzeit, als er noch Erzherzog war, irgendwie nahe-

gestanden sind, und diese Männer, die es sich nie hätten träumen lassen, einmal zu den höchsten Stellen zu gelangen, hielten um so zäher an ihren Stellungen fest, trachteten jeder Schwierigkeit, die ihre Position hätte gefährden können, aus dem Wege zu gehen, wurden aber knurrig und hinterhältig wie ein bissiger Hund, dessen Futterschüssel man zu nahe kommt, wenn jemand auf wunde Stellen wies, die sie, um sich selbst zu halten, zu verdecken, statt zu heilen trachteten. Und dieser Jemand war Czernin. Ihm war die Erreichung des von ihm verfolgten Zieles alles, er ging Schwierigkeiten niemals aus dem Wege, er bekämpfte aber auch bei anderen die Sucht, die Schonung der eigenen Stellung vor die Interessen des Dienstes zu stellen. Er war daher jenen Leuten sehr unbequem, und auch sie trachteten, sich seiner zu entledigen. Czernin selbst hat in seinem Buch über den Weltkrieg die Schwierigkeiten erwähnt, die ihm die Politik, oder — besser gesagt — der Mangel an Politik, des Ministerpräsidenten Seidler während der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk bereitete; solche Fälle häuften sich. Es ist klar, daß alle diese Umstände zu Konflikten zwischen Czernin und dem Kaiser führen mußten, der zu einer Abhilfe nicht zu bewegen war. Auch der Kaiser war eine Natur, die Reibungen nicht liebte, und er empfand es als immer lästiger, daß Czernin, der sich durch nichts abhalten ließ, immer wieder auf jene Übelstände hinzuweisen und deren Abstellung zu verlangen, hiedurch stets erneuten Stoff zu Reibungen gab. Anderseits fand Czernin, dessen Nerven durch den aufreibenden Kampf, den er gegen drei Fronten, gegen die Diplomatie des äußeren Feindes, gegen die Siegfriedenspolitik der deutschen Obersten Heeresleitung und gegen den inneren Feind, gegen Intrigue, Eifersucht und Indolenz zu kämpfen hatte, begreiflicherweise gelitten

hatten, nicht mehr den richtigen Ton gegenüber dem Kaiser. Seine aus Brest-Litowsk und aus Bukarest an den Kaiser gerichteten Telegramme sahen in der Tat oft Verweisen eines Vorgesetzten ähnlicher als Vorschlägen eines Untergebenen, und diese Vorfälle waren natürlich Wasser auf der Mühle aller jener, die auf Czernins Sturz hinarbeiteten, vor allem der auf die Wahrung ihrer und ihres Mannes Würde sehr bedachten Kaiserin.

So spitzten sich die Verhältnisse immer mehr zu, bis sich kurz vor dem Beginn der Sixtus-Affaire ein Vorfall ereignete, der das Faß bei der nächsten Gelegenheit zur Explosion bringen mußte. Gegen Ende März 1918 traf aus Madrid ein Bericht ein, wonach ein spanischer Agent sich an unsere dortige Botschaft mit der Mitteilung gewendet hätte, er sei von der Herzogin von Parma mit der Vermittlung des Ankaufs einer Schiffsladung von Kakao und Kaffee betraut worden, die unter Beobachtung besonderer Sicherheitsmaßregeln nach Triest gebracht werden sollte. Czernin, der damals in Bukarest weilte und von dem Inhalt jenes Berichtes verständigt worden war, schöpfte Verdacht und beauftragte mich, die Angelegenheit dem Kaiser vorzutragen und ihn zu fragen, was es mit jener Schiffsladung für eine Bewandtnis hätte. Der Kaiser wußte davon nichts und sagte, er werde sich erkundigen und mir sodann Bescheid geben. Als ich ihn nach einigen Tagen wiederum befragte, sagte er, es handle sich um eine Wohltätigkeitsaktion der Herzogin; die Ware solle zum Einkaufspreis weitergegeben, an bedürftige Kinder aber unentgeltlich verteilt werden. Kaum zehn Minuten nachdem mir der Kaiser diesen Bescheid gegeben hatte, hatte ich Gelegenheit, mit einem ungarischen Offizier, der der Familie Parma nahestand und von dem ich wußte, daß er in ihrem Auftrage tätig

war, über die Angelegenheit zu sprechen. Er war über die Hinstellung der Sache als Wohltätigkeitsaktion aufs höchste erstaunt und erzählte mir, es handle sich um ein „Bomben-Geschäft", von dem sich die Familie Parma einen Gewinn von 20 Millionen verspreche. Ich berichtete beides, den Bescheid des Kaisers und die Auskunft des Offiziers, an Czernin. Dieser beauftragte mich nunmehr, nochmals an den Kaiser heranzutreten und ihn zu bitten, die Aktion sofort einstellen zu lassen. Ich wählte die Form, dem Kaiser zu sagen, es bestünde der Verdacht, daß die Herzogin von Schwindlern mißbraucht werde; es scheine sich um eine Schiebung unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit zu handeln, wobei der Name der Herzogin benützt werde, um von vornherein vor jedem Nachspüren der Behörden gesichert zu sein. Ich hatte den Eindruck, daß dem Kaiser bei meiner Darstellung der Angelegenheit ein Stein vom Herzen falle, er dankte für die Warnung und sagte, er werde der Sache sofort nachgehen lassen. Als ich aber nach einigen Tagen wieder darauf zurückkam, erklärte der Kaiser, laut Auskunft der Herzogin träfen Czernins Befürchtungen nicht zu, es sei alles in bester Ordnung. Doch Czernin ließ nicht locker; es war unterdessen die Sixtus-Angelegenheit ins Rollen gekommen, Czernin kam nach Wien und erzählte dem Kaiser in seiner Audienz vom 11. April klipp und klar die ganze Angelegenheit, wie sie sich laut der mir gegebenen Auskunft jenes ungarischen Offiziers darstellte. Er hielt dem Kaiser die Gefahren vor, die entstünden, wenn in der Öffentlichkeit bekannt würde, daß die nächsten Verwandten des Kaisers auf illegalem Wege Geschäfte machten, und verlangte einen sofortigen Auftrag an die Triester Behörden, die Ladung des Schiffes gleich nach dessen Ankunft für die Regierung zu beschlagnahmen. Der

Kaiser, der den beruhigenden Versicherungen der Herzogin Glauben geschenkt hatte, war aufs höchste betroffen. Die Familie Parma aber hatte nun persönlich erfahren, wie unbequem dieser Czernin war, der allem nachging und über keinem Übelstand ein Auge zuzudrücken vermochte, und sie benützte die sich durch die Briefaffaire bietende Gelegenheit, um sich seiner rasch und endgültig zu entledigen. Es war bezeichnend, wie der Kaiser, der mir noch am Morgen des 12. April gesagt hatte, daß er Czernin unter allen Umständen brauche — jetzt mehr denn je — vom Abend desselben Tages an ganz ausgeschaltet war, während die Kaiserin die Angelegenheit in die Hand nahm, Czernin statt seiner empfing und durch ihre schroffe Ablehnung aller seiner Vorschläge innerhalb 48 Stunden seine Demission bewirkte.

Fast die ganze Ministerschaft Czernins war nichts anderes als ein Kampf gegen die Einflüsse, die sich im geheimen und von rückwärts geltend machten; Czernin war felsenfest davon überzeugt, daß diese Einflüsse der Monarchie zum Schaden gereichen mußten, und er wußte, daß nach ihm sich keiner mehr finden werde, der ihnen entgegenträte. Darum blieb er und setzte den Kampf fort, bis schließlich auch er der Übermacht weichen mußte. Das Feld war nun frei.

Ich habe in der Einleitung zu dieser Schrift die Gründe dargelegt, die mich zu ihrer Veröffentlichung veranlassen. Ich habe gesagt, daß ich es vorgezogen hätte, zu schweigen, wie ich es bisher getan habe. Als ich aber sah, daß die Wahrheit immer mehr entstellt wurde, und daß die Angreifer Czernins um so kühner wurden, je weniger er selbst sich verteidigte,

da faßte ich den Entschluß zu sprechen. Nicht um Czernins, sondern um der Wahrheit willen; weil ich als einziger, der außer Czernin und dem Kaiser die volle Wahrheit kennt, mich durch mein Schweigen zum Mitschuldigen an ihrer Entstellung gemacht hätte.

Manche, die diese Schrift lesen werden, werden ihre Veröffentlichung bedauern, weil sie der Ansicht sind, daß es besser gewesen wäre, über das, was geschehen ist, den Schleier des Vergessens zu breiten. Sie mögen sich an jene halten, die dies durch ihre Provokationen unmöglich machten.

Habe — so sagt Schager in einem seiner letzten Angriffe — Czernin nach den April-Ereignissen des Jahres 1918 geschwiegen und damit schwerstes Unrecht begangen, so bekämpfe er auch heute jedes Streben, die damaligen Vorgänge klarzustellen.

Herrn Schagers Wunsch ist erfüllt: Die Vorgänge sind nun klargestellt.

ANHANG.

1.

Aus der Rede des Grafen Czernin vom 2. April 1918.

..... Die vier Punkte des Herrn Präsidenten *) sind eine geeignete Grundlage für den Eintritt in die Diskussion zu einem allgemeinen Frieden. Ob der Herr Präsident in seinen Bestrebungen, seine Verbündeten auf dieser Basis zu ralliieren, Erfolg haben wird oder nicht, steht dahin. Gott ist mein Zeuge, daß wir alles versucht haben, was möglich war, um die neue Offensive zu vermeiden. Die Entente hat es nicht gewollt: Herr Clémenceau hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis. Ich habe sofort im Einvernehmen mit Berlin geantwortet, daß ich hiezu bereit sei und gegenüber Frankreich kein Friedenshindernis erblicken könne, als den Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen. Es wurde aus Paris erwidert, auf dieser Basis sei nicht zu verhandeln. Daraufhin gab es keine Wahl mehr.

2.

Meldung der Agence Havas vom 3. April 1918.

Bei einer Vorsprache der Obmänner des Wiener

*) Wilson.

Gemeinderates beim Minister des Äußern Grafen Czernin hat dieser erklärt, daß einige Zeit vor der gegenwärtigen Offensive Ministerpräsident Clémenceau bei ihm angefragt habe, ob er zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis.

Ministerpräsident Clémenceau, der von den Erklärungen des österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern heute vormittag an der Front Kenntnis erhalten hat, hat einfach geantwortet: „Graf Czernin hat hierin gelogen."

3.

Österreichisch-ungarisches Communiqué vom 4. April 1918.

Der k. u. k. Minister des Äußern Graf Czernin hat in seiner am 2. April vor der Deputation des Wiener Gemeinderates gehaltenen Rede folgendes erklärt:

„Herr Clémenceau hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis. Ich habe sofort im Einvernehmen mit Berlin geantwortet, daß ich hiezu bereit sei und gegenüber Frankreich kein Friedenshindernis erblicken könne, als den Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen. Es wurde aus Paris erwidert, auf dieser Basis sei nicht zu verhandeln."

Wie die Agence Havas am 3. d. meldet, hat der Herr französische Ministerpräsident nach Kenntnisnahme dieser Äußerung des Grafen Czernin erklärt: „Graf Czernin hat hierin gelogen".

Dieser Äußerung Herrn Clémenceaus gegenüber wird folgendes festgestellt:

Im Auftrage des k. u. k. Ministers des Äußern hatte der Legationsrat i. R. Graf Nikolaus Revertera mit

dem zu einer Unterredung mit letzterem nach der Schweiz entsendeten Vertrauensmanne Herrn Clémenceaus, dem im französischen Kriegsministerium zugeteilten Grafen Armand, dortselbst wiederholte Besprechungen. Anläßlich einer am 2. Februar d. J. in Freiburg in der Schweiz stattgehabten Unterredung der beiden Herren wurde die Frage erörtert, ob und auf welcher Grundlage zwischen den Ministern des Äußern Österreich-Ungarns und Frankreichs oder zwischen offiziellen Vertretern dieser Minister eine Aussprache über die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens möglich wäre. Hierauf hat Graf Revertera nach Einholung der Weisungen des k. u. k. Ministers des Äußern in dessen Auftrage dem Grafen Armand zwecks Mitteilung an Herrn Clémenceau in den letzten Februartagen erklärt, Graf Czernin sei zu einer Aussprache mit einem Vertreter Frankreichs bereit und halte ein Gespräch mit Aussicht auf Erfolg für möglich, sobald Frankreich nur auf seine Eroberungsabsichten betreffend Elsaß-Lothringen verzichtet. Dem Grafen Revertera wurde hierauf im Namen Herrn Clémenceaus erwidert, dieser sei nicht in der Lage, die vorgeschlagene Verzichtleistung Frankreichs auf diese Annexion anzunehmen, so daß eine Zusammenkunft von Vertretern nach beiderseitiger Ansicht derzeit zwecklos wäre.

4.

Französisches Communiqué vom 6. April 1918.

Bei Übernahme der Regierung fand Clémenceau in der Schweiz auf Initiative Österreich-Ungarns eingeleitete Besprechungen zwischen dem Grafen Revertera, einem persönlichen Freunde des Kaisers, und

dem Major Armand vom 2. Departement des Generalstabes vor, welch' letzterer von dem damaligen Minister hiezu bestimmt worden war. Herr Clémenceau glaubte nicht, die Verantwortung auf sich nehmen zu dürfen, diese Besprechungen zu unterbrechen, die bisher kein Ergebnis geliefert hatten, die aber nützliche Informationsquellen bieten konnten.

Major Armand konnte sich also über eine Bitte des Grafen Revertera neuerlich nach der Schweiz begeben. Die Instruktion, welche ihm in Gegenwart seines Vorgesetzten von Herrn Clémenceau gegeben worden war, lautete: Anhören und nichts sagen. Als Graf Revertera sich endlich die Überzeugung verschafft hatte, daß sein Versuch, den Köder für Deutschland auszuwerfen, ohne Erfolg geblieben sei, übergab er, um seine Mission genau zu charakterisieren, am 25. Februar dem Major Armand eine von seiner Hand geschriebene Note, deren erster Satz lautete wie folgt:

„Im Monat August 1917 waren Besprechungen in der Absicht eingeleitet worden, um von der französischen Regierung im Hinblick auf einen künftigen Frieden Vorschläge zu erhalten, welche, an die Adresse Österreich-Ungarns gerichtet, so geartet wären, daß sie von Österreich-Ungarn bei der Berliner Regierung unterstützt werden könnten." Bittsteller und nicht Gebetener, gibt also Graf Revertera mit diesen Worten zu, daß es sich darum handelte, von der französischen Regierung Friedensvorschläge zu erhalten, welche an Österreich-Ungarn adressiert und für Berlin bestimmt sein sollten.

Dies ist der durch ein authentisches Dokument festgestellte Sachverhalt, welchen Graf Czernin mit folgenden Worten umzudeuten wagt: „Clémenceau hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und

auf welcher Basis." Indem er so sprach, hat Graf Czernin nicht nur nicht die Wahrheit gesagt, sondern das Gegenteil der Wahrheit, was wir in Frankreich „Lügen" nennen.

Es ist nur zu natürlich, daß Herr Clémenceau seine Entrüstung nicht zurückhalten konnte, als er sah, daß Graf Czernin, der über die schließlichen Folgen der Offensive mit Recht besorgt war, in so kühner Weise die Rollen vertauschte und die französische Regierung so hinstellte, als ob sie in der selben Stunde um den Frieden gebettelt habe, in welcher wir uns mit unseren Verbündeten anschickten, den Mittelmächten die letzte Niederlage zuzufügen.

Es wäre leicht, daran zu erinnern, bis zu welchem Grade Österreich-Ungarn mit seinen Bitten um einen vorgeblichen *) Separatfrieden Rom, Washington und London ermüdet hat, welche Bitten keinen anderen Zweck hatten, als uns unter das Joch zu locken, dem es zugesteht, sich zu unterordnen. **) Wer kennt nicht die Geschichte der auch in der Schweiz jüngst erfolgten Zusammenkunft eines früheren Botschafters Österreich-Ungarns mit einer hohen Persönlichkeit der Entente? Diese Konferenz dauerte nicht mehr als einige Minuten. Auch diesmal war es nicht unser Verbündeter, sondern die österreichisch-ungarische Regierung, welche die Zusammenkunft erbeten hatte.

*) Es ist interessant, aus gewissen Wendungen der französischen Communiqués, insbesondere aber aus der Schilderung, die im Anfang dieses Jahres in der „Opinion" veröffentlicht wurde, zu ersehen, wie die französische Regierung durch den Unterschied, der zwischen der Sprache Czernins und der des Kaisers bestand und der trotz allem auch ihr nicht ganz verborgen bleiben konnte, derutiert wurde. Schienen ihr anfangs die Äusserungen Czernins zu Prinz Sixtus bald „ungenau, farblos und zu diplomatisch", bald „eisig und hinterhältig" zu sein („Opinion"), so entnahm sie später aus den öffentlichen Reden Czernins, wahrscheinlich aber vor allem aus ihr zukommenden Meldungen ihrer Agenten, daß wir in Wirklichkeit keinen Sonderfrieden anstrebten, und sie musste nun glauben, daß die ihr durch Prinz Sixtus überbrachten Sonderfriedenswünsche des Kaisers nicht ernst gemeint, nur „vorgebliche" waren.

**) Die französischen Communiqués sind in der vom österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußern angefertigten Übersetzung wiedergegeben.

Könnte sich Graf Czernin nicht an einen anderen Versuch der gleichen Art erinnern, welcher nur zwei Monate vor der Unternehmung Revertera durch eine im Range weit über ihm stehende Persönlichkeit in Paris und London gemacht worden ist? Auch da ist, wie im gegenwärtigen Falle, ein authentisches, aber noch bezeichnenderes Beweisstück vorhanden.

5.

Erklärung des vormaligen französischen Kriegsministers Painlevé in der „Humanité" vom 6. April 1918.

Im Laufe des Jahres 1917 wurden von Österreich-Ungarn mehrere Versuche gemacht, um offizielle Gespräche mit Persönlichkeiten der Entente einzuleiten. Insbesondere wurde im Juni 1917 von der zweiten Abteilung gemeldet, daß eine österreichische Persönlichkeit, der Graf Revertera, durch Vermittlung eines Schweizers zu wiederholten Malen darauf gedrungen habe, eine private Unterredung mit einem entfernten Verwandten, dem Major Armand, Offizier in der zweiten Abteilung, abzuhalten.

Nachdem der damalige Ministerpräsident Ribot hievon benachrichtigt worden war, trafen Revertera und Major Armand im August 1917 zusammen. Hiemit hatte es sein Bewenden. Es fand im August keine weitere Zusammenkunft statt, und ich habe keine Kenntnis, daß bis zum 13. November 1917, dem Datum des Rücktritts meines Kabinetts, eine andere Zusammenkunft stattgefunden hätte. Was sich nachher ereignet hat, entzieht sich selbstverständlich meiner Be-

urteilung, doch nehme ich nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten an, daß es Revertera war, der auf die Sache wieder zurückgekommen ist.

6.

Österreichisch-ungarisches Communiqué vom 7. April 1918.

Gegenüber der ersten kurzen Erklärung Clémenceaus, mit welcher dieser den Grafen Czernin der Lüge geziehen hatte, wird dem nunmehr vorliegenden Communiqué des französischen Ministerpräsidiums vom 6. ds. mit Befriedigung das Zugeständnis entnommen, daß zwischen den beiden Vertrauensmännern der Regierungen Österreich-Ungarns und Frankreichs Besprechungen über die Friedensfrage stattgefunden haben.

Die von Herrn Clémenceau gegebene Darstellung der Einleitung und des Verlaufes dieser Verhandlungen ebenso wie die von Herrn Painlevé in der „Humanité" über den gleichen Gegenstand veröffentlichte Erklärung weichen aber in vielen und wesentlichen Punkten dermaßen von den Tatsachen ab, daß eine eingehende Richtigstellung des französischen Communiqués notwendig erscheint.

Im Juli 1917 wurde Graf Revertera von einer neutralen Mittelsperson im Namen der französischen Regierung aufgefordert, mitzuteilen, ob er in der Lage wäre, Eröffnungen dieser Regierung an jene Österreich-Ungarns entgegenzunehmen. Als Graf Revertera diese Anfrage nach eingeholter Genehmigung noch im Juli 1917 bejahte, traf am 7. August 1917 im Auftrage des damaligen französischen Kriegsministers Painlevé und mit Genehmigung des damaligen französischen Ministerpräsidenten Ribot der Major Graf Armand bei dem mit ihm weitläufig verwandten Grafen Revertera in Freiburg ein.

Graf Armand richtete nun an den Grafen Revertera die Anfrage, ob zwischen Frankreich und Österreich-Ungarn Besprechungen möglich wären. Die Initiative zu dieser Anknüpfung ist also von französischer Seite ausgegangen.

Von dieser im Auftrage der französischen Regierung gestellten Anfrage hat Graf Revertera dem k. u. k. Minister des Äußern Meldung erstattet, welcher hierauf den Grafen Revertera ersuchte, die Besprechungen mit dem französischen Vertrauensmanne aufzunehmen und im Laufe derselben festzustellen, ob hiedurch die Grundlagen für die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens geschaffen werden könnten. Graf Revertera trat sodann am 22. und 23. August 1917 in Besprechungen mit dem Grafen Armand ein, die jedoch, wie Herr Clémenceau ganz richtig erklärt, kein Ergebnis lieferten. Hiemit brachen diese Verhandlungen ab.

Wenn Herr Clémenceau behauptet, daß bei seinem Amtsantritte Besprechungen zwischen dem Grafen Revertera und dem Grafen Armand im Gange gewesen seien, so ist dies unrichtig. Erst im Januar 1918 nahm Graf Armand, diesmal im Auftrage Herrn Clémenceaus, mit dem Grafen Revertera neuerlich Fühlung. Der im August 1917 abgerissene Faden ist also von Herrn Clémenceau selbst im Jänner 1918 wiederaufgenommen worden. Aus dieser neuerlichen Fühlungnahme ergaben sich dann die im amtlichen Communiqué vom 4. April mitgeteilten Besprechungen.

Richtig ist, daß Graf Revertera bei den im August 1917 stattgehabten Besprechungen mit dem Grafen Armand den Auftrag hatte, zu konstatieren, ob von der französischen Regierung Vorschläge zu erhalten seien, welche, an die Adresse Österreich-Ungarns gerichtet, die Grundlagen für einen allgemeinen Frieden bieten würden und die Österreich-Ungarn seinen Verbündeten zur Kenntnis bringen könnte.

Es entspricht somit durchaus den Tatsachen, wenn Graf Czernin in seiner Rede am 2. April 1918 erklärt hat: „Herr Clémenceau hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis." Der gegen Grafen Czernin von Herrn Clémenceau erhobene Vorwurf der Lüge ist demnach auch in jener Einschränkung, welche das vorliegende Communiqué der französischen Regierung vornimmt, nicht aufrecht zu erhalten.

Von „Bitten um einen angeblichen Separatfrieden", mit welchen Österreich-Ungarn die Regierenden in Rom, Washington und London ermüdet habe, ist der österreichisch-ungarischen Regierung nichts bekannt. Richtig ist dagegen, daß in der Schweiz zwischen dem Botschafter Grafen Mensdorff und dem General Smuts eine von der englischen Regierung im Unterhause zugegebene Unterredung stattgefunden hat, die aber nicht einige Minuten, sondern in mehreren Zusammenkünften mehrere Stunden dauerte.

Wenn Herr Clémenceau den k. u. k. Minister des Äußern fragt, ob er sich erinnere, daß „zwei Monate vor der Unternehmung Revertera" — also vor etwa Jahresfrist — ein „Versuch der gleichen Art durch eine im Range weit über ihm stehende Persönlichkeit" gemacht worden sei, so nimmt Graf Czernin keinen Anstand, dies zu bejahen, wobei der Vollständigkeit und vollen Korrektheit halber noch beizufügen ist, daß dieser Versuch gleichfalls zu keinem Ergebnisse geführt hat.

So weit die Feststellung der Tatsachen. Im übrigen sei nur bemerkt, daß Graf Czernin seinerseits keinen Grund sehen würde, es abzuleugnen, wenn er in diesem

oder einem ähnlichen Falle die Initiative ergriffen hätte, da er — im Gegensatze zu Herrn Clémenceau — glaubt, daß es kein Vorwurf für eine Regierung sein kann, Versuche zur Herbeiführung eines alle Völker von den Schrecken des gegenwärtigen Krieges befreienden ehrenvollen Friedens zu unternehmen.

Durch die von Herrn Clémenceau aufgeworfene Streitfrage ist übrigens die Aufmerksamkeit von dem eigentlichen Kernpunkte der Äußerung des Grafen Czernin abgelenkt worden. Das Wesentliche daran war nicht so sehr, wer die Besprechungen vor Beginn der Westoffensive angeregt, sondern wer sie zerschlagen hat. Und das hat Herr Clémenceau nicht geleugnet, daß er sich geweigert hat, auf der Basis des Verzichts auf den Rückerwerb Elsaß-Lothringens in Verhandlungen einzutreten.

7.

Französisches Communiqué vom 9. April 1918.

Auch eine verwässerte Lüge bleibt eine Lüge. Die Lüge Czernins besteht darin, daß er gesagt hat, Clémenceau habe ihn einige Zeit vor Beginn der Offensive fragen lassen, ob er bereit sei, in Verhandlungen einzutreten und auf welcher Basis. Clémenceau hat dieser Behauptung jenen Passus aus der handschriftlichen Note Reverteras gegenübergestellt, wo es heißt, daß es sich für Österreich-Ungarn darum handelte, „von Frankreich Friedensvorschläge zu erhalten". Dieser Text des Bittstellers ist authentisch, und Czernin hat es nicht gewagt, ihn zu bestreiten. Um seine Bestürzung zu verschleiern, versucht er zu behaupten, die Besprechung sei über Wunsch Clémenceaus wieder aufgenommen worden. Zum Un-

glück für ihn ist nun aber eine Tatsache vorhanden, welche genügt, um seine Darstellung auf nichts zurückzuführen, nämlich die, daß Clémenceau mit dieser Angelegenheit am 18. November 1917, also am Tage nach Übernahme des Kriegsministeriums durch ihn, befaßt wurde, und zwar durch die Mitteilung eines Mittelmannes, die vom 10. November datiert ist, die also für seinen Amtsvorgänger bestimmt war. Czernin könnte also nur dann die Wahrheit gesagt haben, wenn Clémenceau in dieser Sache die Initiative ergriffen hätte, bevor er Ministerpräsident war.

So sieht sich Graf Czernin nach der persönlichen Widerlegung auch durch die Tatsachen kategorisch dementiert. So bleibt ihm nichts übrig, als die Behauptung aufzustellen, Armand sei der Vertrauensmann Clémenceaus gewesen. Nun hat aber Clémenceau diesen Offizier bis zu dem fraglichen Zwischenfall nur einmal fünf Minuten lang gesehen, und das ist fünfzehn oder zwanzig Jahre her. So bleibt Czernin endlich als letztes Auskunftsmittel nur die Behauptung übrig, daß die Herrn Clémenceau angedichtete Aktion ohne Wichtigkeit sei. In Wirklichkeit handle es sich, so versichert er, nicht so sehr darum, zu wissen, wer die Initiative zu den Besprechungen vor Beginn der Offensive an der Westfront ergriffen, sondern wer sie zerschlagen habe. Warum also all' dieser Lärm? Etwa um festzustellen, daß jede französische Regierung, ebenso wie Frankreich selbst, in der elsässisch-lothringischen Frage keine Nachgiebigkeit kennt? Wer hätte geglaubt, daß man eines Revertera bedurft habe, um den Geist Czernins über die Frage aufzuklären, über die der Kaiser von Österreich selbst das letzte Wort gesprochen hat? Denn Kaiser Karl ist es, welcher in einem Briefe vom Monat März 1917 mit eigener

Hand seine Zustimmung „zu den gerechten Rückforderungsansprüchen Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen" bestätigt hat. Ein zweiter kaiserlicher Brief stellt fest, daß der Kaiser „mit seinem Minister einig" sei. So bleibt Czernin nichts übrig, als sein Selbstdémenti hinzunehmen.

8.

Österreichisch-ungarisches Communiqué vom 10. April 1918.

Herr Clémenceau sucht sich durch fortgesetzte Verdrehungen der Tatsachen aus der peinlichen Lage herauszuwinden, in die er durch das Ableugnen der in der Rede des Grafen Czernin vom 2. April enthaltenen Feststellungen geraten ist. Wir halten es für überflüssig, die Unwahrheit jeder einzelnen seiner Behauptungen besonders nachzuweisen, denn wir würden uns damit nur in den Dienst seines offenkundigen Bestrebens stellen, durch eine Erörterung über die Vorgeschichte der Freiburger Zusammenkunft die Aufmerksamkeit von jenen zwei Tatsachen abzulenken, auf welche es in der Rede des Grafen Czernin allein ankommt, daß nämlich Herr Clémenceau noch kurz vor Beginn der letzten Offensive im Westen erst eine Annäherung an Österreich-Ungarn gesucht und ihm sodann zu wissen gegeben hat, daß Frankreich zu einem Frieden ohne Annexion Elsaß-Lothringens nicht zu haben sei.

Nun sucht Herr Clémenceau die Aufmerksamkeit von diesen zwei Punkten dadurch abzulenken, daß er angebliche politische Äußerungen in die Diskussion wirft, welche Kaiser Karl brieflich getan haben soll und welche, wie er behauptet, besagen, daß „er

den gerechten Wünschen Frankreichs auf eine Rückerwerbung Elsaß-Lothringens zustimme", daß ferner sein Minister des Äußern ebenso denke wie er. Die Unsinnigkeit dieser Behauptung liegt auf der Hand. Sie steht im krassesten Widerspruch mit allen öffentlichen Reden, welche der verantwortliche Minister des Äußern stets gehalten hat und welche auch in Frankreich bekannt sind. Insbesondere beweist die nicht einmal von Clémenceau ableugbare Tatsache, daß k. u. k. Truppen für Elsaß-Lothringen an der Westfront kämpfen, klarer als alle Argumente die über jeden Zweifel erhabene bundestreue Gesinnung unseres Monarchen. Zum Überfluß aber sei ausdrücklich festgestellt, daß die Angaben Herrn Clémenceaus über die brieflichen Äußerungen Kaiser Karls vom Anfang bis zum Ende erlogen sind.

Deutlich geht aus all' den Äußerungen Clémenceaus nur die von ihm offen eingestandene Tatsache hervor, daß der Krieg an der Westfront andauert, weil Frankreich Elsaß-Lothringen erobern will.

Einen besseren Beweis, daß die Mittelmächte zur Verteidigung ihres Besitzstandes kämpfen, hätte Herr Clémenceau der Welt nicht liefern können.

9.

Französisches Communiqué vom 12. April 1918.

In dem Gewirr von Lügen ergibt sich ein fester Punkt, indem Kaiser Karl unter den Augen Berlins *) die lügenhaften Dementis des Grafen Czernin auf sein Konto nimmt und so die französische Regierung in die Notwendigkeit versetzt, Beweise zu liefern. Nach-

*) Anspielung auf das Telegramm an Kaiser Wilhelm (siehe Seite 20).

stehend der Text des eigenhändigen Briefes, welchen Prinz Sixtus von Bourbon, der Schwager des Kaisers, dem Präsidenten der Republik, Herrn Poincaré, am 31. März 1917 zur Kenntnis gebracht hat und welcher unmittelbar hierauf mit Zustimmung des Prinzen dem französischen Ministerpräsidenten bekanntgegeben wurde:

„Mein lieber Sixtus!

Das dritte Jahr dieses Krieges, welcher der Welt so viel Trauer und Schmerzen gebracht hat, nähert sich dem Ende. Alle Völker meines Reiches sind mehr als je in dem gemeinsamen Willen einig, die Unversehrtheit der Monarchie zu schützen selbst um den Preis der schwersten Opfer. Dank ihrer Tätigkeit und der großherzigen Mitwirkung aller Nationalitäten meines Reiches hat die Monarchie seit fast drei Jahren den schwersten Angriffen Widerstand leisten können. Niemand wird die militärischen Erfolge leugnen können, welche meine Truppen, insbesondere auf dem balkanischen Kriegsschauplatze, errungen haben. Frankreich hat seinerseits eine Widerstandskraft und einen prachtvollen Elan gezeigt. Wir alle bewundern ohne Vorbehalt die herrliche, traditionelle Tapferkeit seiner Armee und die Opferwilligkeit des ganzen französischen Volkes. Es ist mir besonders angenehm, zu sehen, daß, obgleich wir derzeit Gegner sind, kein wirklicher Widerspruch in den Auffassungen und Bestrebungen mein Reich von Frankreich trennt und daß ich berechtigt bin, hoffen zu können, daß meine lebhaften Sympathien für Frankreich, vereinigt mit jenen, welche in der ganzen Monarchie herrschen, für alle Zukunft die Wiederkehr des Kriegszustandes, für welchen mich keine Verantwortlichkeit treffen kann, verhüten werden.

Zu diesem Zwecke und um die Wirklichkeit dieser Gefühle genau auszudrücken,

bitte ich Dich, geheim und inoffiziel Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, zur Kenntnis zu bringen, daß ich mit allen Mitteln und unter Anwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde.*)

Was Belgien betrifft, so muß seine Souveränität wiederhergestellt werden; es muß seine gesamten afrikanischen Besitzungen behalten. Hiemit soll der Frage der Entschädigung nicht vorgegriffen werden, die es für erlittene Verluste wird erhalten können. Serbien wird in seiner Souveränität wiederhergestellt werden. Als Pfand für unseren guten Willen sind wir geneigt, ihm nach Billigkeit einen natürlichen Zugang zum Adriatischen Meere ebenso wie weitgehende wirtschaftliche Vorteile zu geben. Als erste und unbedingt zu erfüllende Bedingung wird Österreich-Ungarn seinerseits verlangen, daß das Königreich Serbien in Hinkunft jede Verbindung mit irgendwelcher Gesellschaft oder Gruppe, insbesondere mit der ‚Narodna Odbrana', aufgebe oder solche Verbindungen unterdrücke, deren politisches Ziel auf die Auflösung der Monarchie gerichtet ist. Es habe loyal und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Machtmitteln jede derartige politische Agitation, sei es in Serbien, sei es außerhalb seiner Grenzen, zu verhindern und die Verpflichtung hiezu unter der

*) «A cet effet, et pour manifester d'une façon précise la réalité de ces sentiments, je te prie de transmettre secrètement et inofficiellement à M. Poincaré, Président de la République Française, que j'appuierai par tous les moyens et en usant de toute mon influance personnelle auprès de mes alliés les justes revendications françaises relatives à l'Alsace-Lorraine.» (Nach der in der „Illustration" vom 3. Jänner 1920 reproduzierten Photographie des Originals des kaiserlichen Briefes.)

Garantie der Ententemächte zu übernehmen. Die Ereignisse in Rußland zwingen mich, meine Gedanken hierüber bis zu dem Tage vorzubehalten, an welchem dort eine gesetzliche und definitive Regierung eingesetzt sein wird.

Nachdem ich Dir in dieser Weise meine Gedanken auseinandergesetzt habe, werde ich Dich bitten, daß Du mir Deinerseits nach Rücksprache mit den beiden Mächten vorerst die Meinung Frankreichs und Englands mitteilst, um so das Terrain für ein Einvernehmen vorzubereiten, auf dessen Grundlage offizielle Besprechungen eingeleitet werden und zur Befriedigung aller führen könnten.

Indem ich hoffe, daß wir so von beiden Seiten baldigst den Leiden ein Ende setzen können von so vielen Millionen Menschen und von so vielen in Trauer und Angst befindlichen Familien, bitte ich Dich, an meine lebhafte und brüderliche Gesinnung zu glauben.

Karl."

Indem Graf Czernin durch seine Note vom 8. ds *) anerkannt hat, daß Besprechungen stattgefunden haben, welche der Initiative einer Person entsprungen sind, die im Range weit über ihm steht, ist jetzt die österreichisch-ungarische Regierung gezwungen, sich über den von ihr zugegebenen Versuch und über die Einzelheiten der Unterredung ihres Delegierten auszusprechen.

10.

Österreichisch-ungarisches Communiqué vom 12. April 1918.

Der von dem französischen Ministerpräsidium in seinem Communiqué vom 12. April 1918 veröffentlichte Brief Sr. k. u. k. Apostolischen Majestät ist verfälscht.

*) recte 7. ds.

Vor allem sei erklärt, daß unter der „im Range weit über dem Minister des Äußern stehenden Persönlichkeit", welche, wie in der amtlichen Verlautbarung vom 7. April zugegeben wurde, im Frühjahre 1917 Friedensbemühungen unternommen hat, nicht Se. k. u. k. Apostolische Majestät, sondern Prinz Sixtus von Bourbon verstanden werden mußte und verstanden wurde, da Prinz Sixtus im Frühjahr 1917 mit der Herbeiführung einer Annäherung der kriegführenden Staaten befaßt war.

Zu dem von Herrn Clémenceau veröffentlichten Brieftext erklärt das k. u. k. Ministerium des Äußern über Allerhöchsten Befehl, daß Se. k. u. k. Apostolische Majestät seinem Schwager, dem Prinzen Sixtus von Bourbon, im Frühjahre 1917 einen rein persönlichen Privatbrief geschrieben hat, der keinen Auftrag an den Prinzen enthielt, eine Vermittlung beim Präsidenten der französischen Republik oder sonstwie einzuleiten und die ihm gemachten Mitteilungen weiterzugeben sowie Gegenerklärungen zu veranlassen und entgegenzunehmen. Dieser Brief erwähnte die belgische Frage überhaupt nicht und enthielt bezüglich Elsaß-Lothringens folgende Stelle:

„Ich hätte meinen ganzen persönlichen Einfluß zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären; sie sind es jedoch nicht."

Den im Communiqué des französischen Ministerratspräsidiums vom 9. April erwähnten zweiten Brief des Kaisers, in welchem Se. k. u. k. Apostolische Majestät erklärt haben soll, daß er „mit seinem Minister einig" sei, erwähnt das französische Communiqué bezeichnenderweise nicht.

II.

Französisches Communiqué vom 14. April 1918.

Es gibt verrottete Gewissen. In der Unmöglichkeit, ein Mittel zu finden, um das Gesicht zu wahren, verfällt Kaiser Karl in das Stammeln eines in Verwirrung geratenen Menschen. Er ist nun darauf angewiesen, seinen Schwager der Fälschung zu beschuldigen, indem er mit eigener Hand einen lügenhaften Text des Dokumentes herstellt. Das Original, dessen Text von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist, war in Gegenwart des vom französischen Ministerpräsidenten delegierten Generalsekretärs im Ministerium des Äußern, Jules Cambon, mitgeteilt worden, der eine Kopie desselben mit Ermächtigung des Prinzen dem Ministerpräsidenten übergeben hat. Der Prinz hat sich mit Ribot selbst in einer Weise unterhalten, welche keinen Sinn gehabt hätte, wenn der Text nicht jener gewesen wäre, der von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist. Ist es nicht offensichtlich, daß eine Besprechung nicht hätte eingeleitet werden können, und daß der Präsident der Republik den Prinzen nicht ein zweites Mal empfangen hätte, wenn dieser auf Initiative Österreich-Ungarns der Überbringer eines Schriftstückes gewesen wäre, das unsere Rechte bestritt, statt sie zu bestätigen? Der Brief des Kaisers Karl, so wie wir ihn zitiert haben, ist vom Prinzen Sixtus selbst Regierungsoberhäuptern gezeigt worden. Übrigens können zwei Freunde des Prinzen und insbesondere jener von ihnen die Authentizität des Briefes bestätigen, welcher ihn vom Prinzen erhalten hat, um ihn abzuschreiben.

12.

Österreichisch-ungarisches Communiqué vom 15. April 1918.

Die letzten Ausführungen Herrn Clémenceaus ändern nichts an der Wahrheit der bisherigen Erklärungen des k. u. k. Ministeriums des Äußern. Prinz Sixtus von Bourbon, dessen Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät bekannter Charakter eine Fälschung ausschließt, wurde derselben ebenso wenig beschuldigt wie irgendeine andere spezielle Persönlichkeit, da vom k. u. k. Ministerium des Äußern nicht festgestellt werden kann, wo die Unterschiebung des falschen Briefes erfolgt ist.

Hiemit wird die Angelegenheit als beendet erklärt.

13.

Mitteilungen des ehemaligen deutschen Botschafters in Wien, Grafen Wedel, über die Affaire Erzberger und die Briefangelegenheit („Neue Preußische Zeitung" vom 14. Februar 1920).

Der frühere deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, macht der Telegraphen-Union folgende Mitteilungen:

In dem Prozeß Helfferich-Erzberger hat auch die Denkschrift des Grafen Czernin eine Rolle gespielt. Herr Erzberger hat behauptet, er habe von der Denkschrift durch den Reichskanzler Kenntnis erhalten. Die Denkschrift sei ihm sogar im Auswärtigen Amt gezeigt worden. Herr von Bethmann-Hollweg bestreitet diese Behauptung. Außerdem widersprechen ihr die Briefe des Botschafters Prinz Hohenlohe an

Graf Czernin, auf die ich schon im Sommer in den „Hamburger Nachrichten" hingewiesen habe. Graf Czernin, mit dem ich während meiner Amtszeit stets in offenem Verkehre stand, hat mich damals auch über diese Angelegenheit genau orientiert. Meine Aufzeichnungen über den Inhalt der Briefe Hohenlohes ergeben folgendes:

Am 22. August 1917 schreibt Hohenlohe aus Berlin, er habe von der deutschen Regierung erfahren, daß Czernins Geheimbericht in unbefugte deutsche Hände und von dort möglicherweise in die Schweiz und in die Hände der Entente gelangt sei, denn Erzberger habe denselben in Frankfurt vor ungefähr 200 Personen verlesen (Herr Erzberger hat später die Zahl erheblich niedriger angegeben).

Die deutsche Regierung und ebenso Hohenlohe drängten auf Klarstellung des Sachverhaltes. Kaiser Karl, sofort von Czernin unterrichtet, war empört. Er erklärte, es könne nur eine grobe Fahrlässigkeit — wenn nicht mehr — seitens des Ministeriums des Äußern vorliegen, und befahl Czernin, eine sofortige Untersuchung einzuleiten und den Schuldigen strenger Bestrafung zuzuführen. Die Untersuchung ergab die völlige Schuldlosigkeit der Beamten.

Am 30. August schreibt Hohenlohe, Staatssekretär von Kühlmann sei sehr erregt und fest entschlossen, den Fall um jeden Preis zu klären. Der Staatssekretär werde, wenn nötig, Herrn Erzberger zu einer eidlichen Aussage darüber veranlassen, woher das Schriftstück stamme.

Kaiser Karl, welcher ebenfalls auf Klarstellung des Sachverhaltes drängte, erklärte, vor einem Rätsel zu stehen, da er Erzberger seit dem Winter überhaupt nicht gesehen habe. Er meinte, es müsse eine grobe Indiskretion in Berlin vorliegen.

Am 31. August schreibt Hohenlohe über seine

Unterredung mit Herrn Erzberger. In dieser Unterredung gab Herr Erzberger an, im Berliner Auswärtigen Amte habe man ihm ein einziges Mal nur ganz oberflächlich von Czernins Bericht Erwähnung getan mit den Worten: „Österreich glaube nicht an den U-Bootkrieg und befürchte innere Wirren." Gezeigt habe man ihm in Berlin den Bericht nicht. Er — Erzberger — habe darauf geantwortet: „Dieser Wiener Standpunkt sei nichts Neues", worauf die Sache in weniger als zwei Minuten abgetan gewesen sei. Er sei jedoch dann zum Kaiser nach Wien gereist, woselbst alles, was in dem Bericht stand, durchgesprochen worden sei, und er habe tags darauf „von einer dem Kaiser sehr nahestehenden Seite die Schrift erhalten", wobei er auf Grund seiner Unterredung und nach der Art, wie ihm die Schrift übergeben wurde, den Schluß ziehen mußte, daß dieses, wenn es auch nicht ausdrücklich erwähnt wurde, im Auftrage oder zumindest mit Wissen Sr. Majestät geschah. Auf die Frage Hohenlohes, wer ihm die Schrift übergeben habe, verweigerte Herr Erzberger die Antwort, betonte aber, es sei keine mit dem Ministerium des Äußern in Verbindung stehende Persönlichkeit. Hohenlohe fügte seinem Briefe die Bemerkung hinzu, Herr Erzberger spreche völlig wahr und ehrlich und sei zweifellos optima fide der Überzeugung gewesen, im Sinne Kaiser Karls gehandelt zu haben. Allerdings sei er „jetzt sehr erschüttert. Er habe nicht einen Augenblick geglaubt, daß die Person, die ihm das Dokument übergeben habe, unrecht tue, und erst jetzt komme ihm dies zum Bewußtsein".

Also schrieb Prinz Hohenlohe im August 1917, als Prozesse noch keine Rolle spielten und es nur darauf ankam, den Sachverhalt festzustellen. Man sieht, er suchte Herrn Erzberger zu entschuldigen, er beurteilte ihn wohlwollend, da er in ihm einen

treuen Freund Österreichs sah, der im Auftrage Kaiser Karls die Politik in Deutschland zu beeinflussen suchte. Auch Graf Czernin gibt in seinem Buche „Im Weltkriege" offen zu, daß er Herrn Erzberger für die Friedenspolitik in Deutschland inspiriert habe. Er entschuldigt sich in einer Fußnote mit der Bemerkung, er habe Erzbergers Indiskretionen damals noch nicht gekannt.

Kaiser Karl, Graf Czernin und Prinz Hohenlohe hielten Herrn Erzberger für einen einflußreichen Politiker, der in Deutschland für die österreichischen Interessen und Wünsche arbeitete. Daraus erklärt sich das seltsame Vertrauen, dessen sich Herr Erzberger bei unseren Bundesgenossen erfreute. Die Briefe des Prinzen Hohenlohe befinden sich in den Händen des Grafen Czernin.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Herr Erzberger will die Czerninsche Denkschrift nicht vom Kaiser selbst, sondern am Tage nach der Audienz von einer dem Kaiser sehr nahestehenden Seite erhalten haben. Nach seiner dem Auswärtigen Amt überreichten Aufzeichnung über seinen Wiener Aufenthalt galten seine Besuche am Tage nach der Audienz den Damen der Häuser Parma und Braganza. Das war der spezielle Vertrauenskreis Herrn Erzbergers. Bei seinen Besuchen in Wien versäumte er vor allem nicht, nach Schwarzau zur Herzogin von Parma hinauszufahren.

Herr Erzberger hat ferner behauptet, Graf Czernin habe von den Briefen Kaiser Karls an Prinz Sixtus von Parma und den Botschaften des Kaisers nach Frankreich gewußt, also die Sonderfriedensbestrebungen mitgemacht. Auch diese Behauptung Herrn Erzbergers, die wohl dazu dienen soll, diesen unbequemen Zeugen, dessen Enthüllungen dem Reichsfinanzminister nicht angenehm waren, du diskreditieren, ist unrichtig.

Als die Enthüllungen Clémenceaus mit der An-

erkennung der französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen herauskamen, fand ich den Grafen Czernin unruhig und gedrückt. Er wußte offenbar nicht, was von den Enthüllungen zu halten sei, und litt unter der Ungewißheit. Bei seinem nächsten Besuch war der Minister beruhigt. Er erklärte mir, es sei ihm ein Stein vom Herzen, er wisse jetzt, daß es sich tatsächlich um eine Fälschung handle. Kaiser Karl hatte ihm nämlich sein schriftliches Ehrenwort gegeben,

1. daß er an seinen Schwager nur den einen Brief geschrieben habe,

2. daß der Prinz keine Ermächtigung erhielt, den Brief der französischen Regierung zu zeigen,

3. daß Belgien in dem Briefe nicht erwähnt wurde und

4. daß der Absatz über Elsaß-Lothringen in der Clémenceauschen Veröffentlichung gefälscht sei.

Graf Czernin legte mir das Schriftstück vor, um auch mich zu überzeugen. Mündlich hat Kaiser Karl die gleiche Versicherung ebenfalls unter Ehrenwort unserem Militärbevollmächtigten, General von Cramon, gegeben. Einige Tage später gab Graf Czernin seine Demission, weil er sich, wie später zu meiner Kenntnis gelangte, von der Unrichtigkeit der kaiserlichen Angaben überzeugt hatte.

Bald nach Übernahme der Wiener Botschaft entdeckte ich, daß Herr Erzberger mit dem amtlichen Courier geschlossene Briefe schickte, die von der Kanzlei weiterbefördert wurden. Der letzte Feldjäger hatte eine geschlossene Sendung an die Kaiserin Zita mitgebracht. Auf der Kanzlei erfuhr ich, daß solche Korrespondenzen Herrn Erzbergers bereits seit geraumer Zeit Usus geworden seien. Auf der Kanzlei habe man geglaubt, daß dieses mit Zustimmung und unter Kontrolle des Auswärtigen Amtes geschehe. Nachdem ich durch telegraphische Anfrage festgestellt hatte, daß der Leiter des Auswärtigen Amtes von

dieser Korrespondenz nichts wußte, erreichte ich durch meine Intervention in der Angelegenheit der Sendung an die Kaiserin Zita, daß Kaiser Karl und Kaiserin Zita nicht umhinkonnten, durch die Botschaft und das Auswärtige Amt sich für die Zukunft jeden „Anbiederungsversuch" Herrn Erzbergers zu verbitten, was die hohen Herrschaften nicht abhielt, ihn bei der nächsten Gelegenheit wieder zu empfangen. Eine Broschüre, die sich in der Sendung an die Kaiserin Zita befunden hatte, wurde mir zurückgesandt, um sie Herrn Erzberger zuzustellen. Seit dieser Zeit suchte Herr Erzberger in Berliner politischen Kreisen für einen Wechsel in der Wiener Botschaft Stimmung zu machen.

14.

Mitteilung des Sektionschefs Dr. Schager-Eckartsau an das „Hollandsch Nieuws Bureau".

Haag, 14. Februar 1920.

Es ist richtig, daß Graf Czernin eine schriftliche Erklärung Kaiser Karls vom 12. April 1918 in Händen hat, die dem vom Grafen Wedel mitgeteilten Inhalte entspricht. Diese Erklärung wurde vom Grafen Czernin entworfen und von ihm eigenhändig geschrieben. Ihre Unterfertigung durch den Kaiser wurde vom damaligen Minister des Äußern mit der Begründung verlangt, daß er eines solchen Dokumentes bedürfe, um die deutsche Regierung über die „Briefaffaire" zu beruhigen und dadurch zu verhindern, daß aus dieser auf ein Jahr zurückreichenden und bereits endgültig erledigten Angelegenheit Folgen entstehen, die die außenpolitische Lage des Vierbundes schwer gefährden würden. Der Kaiser, der sich lange wei-

gerte, diesem Ansinnen zu entsprechen, wurde von seinem Minister des Äußern durch schwärzeste Schilderung der Konsequenzen, die sich sonst für Kaiser und Reich ergeben würden, insbesondere durch Ausmalung der eminenten Gefahr eines Einmarsches deutscher Truppen in Böhmen und Tirol, daher geradezu durch Drohungen, gezwungen, die ihm vorgelegte Erklärung zu unterfertigen.*)

In dem schweren Gewissenskonflikt, vor den Kaiser Karl damals durch seinen verantwortlichen Ratgeber gestellt wurde, hat sich der Kaiser dafür entschieden, dem Wohle und den Interessen seiner Völker das vom Grafen Czernin geheischte Opfer zu bringen.

Es kann aber auch kaum einem Zweifel unterliegen, daß Graf Czernin am 12. April 1918, als er unter dem denkbar stärksten Drucke dem nur für das Wohl seiner Völker bedachten Kaiser die besprochene Erklärung abrang, sich dessen bewußt gewesen sein mußte, daß der Inhalt dieser Erklärung nicht durchaus der Wahrheit entspreche. Ob sich die Absichten, die Graf Czernin mit dieser Erklärung verfolgte, darin erschöpften, daß er durch sie eine Beruhigung der deutschen Regierung erzielen wollte, oder ob er damit nicht auch eine persönliche Deckung zu erhalten wünschte, bleibt eine offene Frage.

15.

Mitteilung des Mitarbeiters der „Berlingske Tidende", Herrn Henry Hellssen, über eine Unterredung mit Sektionschef Dr. Schager („Neues 8 Uhr Blatt", Wien, 24. Februar 1920).

*) Diese Schilderung entspricht nicht den Tatsachen; vgl. die Fußnote auf Seite 38.

Am 13. ds. Mts. hat der ehemalige Botschafter in Wien, Graf Wedel, anläßlich des Erzberger-Prozesses in Berlin Mitteilungen über die seinerzeitige Mission des Prinzen Sixtus gemacht, in denen er nebenbei auch aufdeckte, Kaiser Karl habe dem Grafen Czernin am 12. April 1918 nach den Enthüllungen Clémenceaus schriftlich sein Ehrenwort gegeben, daß er an seinen Schwager, den Prinzen Sixtus von Parma, nur einen einzigen Brief geschrieben habe, daß er dem Prinzen Sixtus keine Ermächtigung gegeben habe, diesen Brief der französischen Regierung zu zeigen, und daß insbesondere in diesem Briefe von Elsaß-Lothringen keine Erwähnung getan sei. Auf diese Erklärung Wedels hat der Vermögensverwalter des ehemaligen Kaisers, Sektionschef Dr. Schager, sofort mit einer Gegenerklärung geantwortet, in der er mitteilte, Kaiser Karl habe damals dem Grafen Czernin jenes schriftliche Ehrenwort nur unter dem äußersten Drucke und mit dem Hinweis auf Deutschland abgegeben und wohl wissend, *) daß Czernin den wahren Sachverhalt kenne.

In dieser Angelegenheit hatte der gegenwärtig in Wien weilende Mitarbeiter der Kopenhagener Zeitung „Berlingske Tidende", Herr Henry Hellssen, eine Unterredung mit Sektionschef Dr. Schager, deren Inhalt uns Herr Hellssen in liebenswürdigster Weise zur Verfügung stellt. Sektionschef Dr. Schager äußerte sich vor allem darüber, in welcher Weise Graf Czernin von jener Erklärung des Kaisers schon einmal Gebrauch zu machen versucht hatte:

Am 14. Jänner 1919 hatte Czernin an den ehemaligen Kaiser Karl in die Schweiz **) ein Schreiben gerichtet, in dem er auf Angriffe hinwies, welche

*) Das hat Schager gar nicht behauptet; vgl. den Text seiner Gegenerklärung (Nr. 14 des Anhangs).

**) Kaiser Karl hat sich bekanntlich erst im März 1919 in die Schweiz begeben

die Alldeutschen in den nächsten Tagen gegen ihn (Czernin) richten würden. Zum Schutze gegen diese Angriffe verlangte Czernin vom Kaiser eine schriftliche Erklärung des Inhaltes, daß er von der seinerzeitigen Verbindung *) des Kaisers mit dem Prinzen Sixtus nichts gewußt habe. An dieses Verlangen knüpfte Czernin die recht unverhüllte Drohung, er werde, falls man ihm diese Erklärung verweigere, mit der Veröffentlichung von Dokumenten vorgehen, die sich in seinen Händen befänden. Diese Drohung wurde von Prangins aus mit einem sehr energischen ablehnenden Briefe zurückgewiesen. Über ein Jahr lang schwieg Graf Czernin.

Am 12. ds. Mts. — so führte Sektionschef Dr. Schager im Gespräche mit Herrn Hellssen weiter aus — ist Czernin, der sich sonst ständig in Alt-Aussee aufhält, in Wien aufgetaucht, 24 Stunden später erfolgte in Berlin die Erklärung des Grafen Wedel, die sich gegen Kaiser Karl richtete. Zur Erklärung sei noch beigefügt, daß Graf Wedel schon während seiner Tätigkeit als Botschafter in Wien ein entschiedener Gegner des Hauses Habsburg war, Gefühle, die vermutlich darin ihren Ursprung hatten, daß sich die damalige Kaiserin über ihn abfällig geäußert hatte, was dem Grafen Wedel sofort wieder hinterbracht worden war.

Herr Hellssen gab nun auch der Vermutung Ausdruck, daß ja Graf Wedel, der es so gut verstanden hat, sich über alle Vorgänge am Wiener Hofe zu informieren, auch von der Anwesenheit des Prinzen Sixtus in Wien und Laxenburg und von seinen Bemühungen in Paris gewußt haben dürfte. Sektionschef Schager ist nicht nur davon überzeugt, daß man auf deutscher Seite von der Aktion des Prinzen Sixtus wußte, sondern er vermutet auch, daß man diese Aktion in

*) Diese Schilderung entspricht nicht den Tatsachen.

deutschen Regierungskreisen in der wohlerwogenen Absicht duldete, die Schuld an einem Frieden, den man ja doch auch in Deutschland schon damals herbeisehnte, dann den „bösen Österreichern" zuzuschieben. *)

Einen Beweis hiefür glaubt Sektionschef Dr. Schager auch in dem Umstande zu erblicken, daß in dem Augenblick, in dem die Aktion des Prinzen Sixtus als gescheitert gelten konnte, von Deutschland aus eine heftige Agitation gegen die damalige Kaiserin Zita einsetzte, die besonders von den „Leipziger Nachrichten" geschürt wurde.

Mit besonderer Heftigkeit wendet sich Sektionschef Dr. Schager gegen die Lesart, als hätte Graf Czernin nicht vom ganzen Umfang der Mission des Prinzen Sixtus gewußt. Im Gegenteil, **) Graf Czernin habe selbst darauf hingewiesen, wie leicht es wäre, die Anwesenheit der beiden Schwäger des Kaisers in Belgien zur Anknüpfung einer Verbindung mit der Entente zu benützen. Im Zusammenhang damit war es auch Graf Czernin, der selbst die Reise des Prinzen Sixtus an den österreichischen Kaiserhof anregte, wie durch ein Schreiben Czernins an die Kaiserin zu beweisen ist. Dieses Schreiben, das Sektionschef Dr. Schager Herrn Hellssen zur Verfügung stellte, ist vom 17. Februar 1917 datiert und enthält folgende Stelle:

„Bei genauer Überlegung der Argumente Euerer Majestät in meiner heutigen Audienz würde ich den größten Wert darauf legen, wenn Prinz Sixtus selbst zu Euerer Majestät käme.

*) Wenn man — wovon Sektionschef Schager überzeugt ist — auf deutscher Seite von der Aktion des Prinzen Sixtus wußte, so konnte dies höchstens in der Form und in dem Umfange der Fall sein, als sie Czernin selbst bekannt war. Deutschland bekannten Sonderfriedensbestrebungen Oesterreich-Ungarns wäre selbstverständlich sofort ein Riegel vorgeschoben worden.

**) Die nachstehenden Darlegungen entkräften in nichts jene den Tatsachen entsprechende „Lesart"

Wenn Eure Majestät selbst mit ihm sprechen könnten, würde unsere Sache bedeutend weiter kommen."

Infolgedessen traf Prinz Sixtus denn auch am Abend des 23. März 1917 in Laxenburg ein. Er war in Begleitung des Rittmeisters Grafen Thomas Erdödy gereist und hatte vom Ministerium des Äußern zu diesem Zwecke einen Paß als Ingenieur Müller erhalten. Um acht Uhr abends begann die Besprechung des Kaisers mit dem Prinzen Sixtus, der von 9 Uhr 30 Minuten bis 10 Uhr 45 Minuten abends auch der Minister des Äußern Graf Ottokar Czernin beiwohnte. Der Prinz verließ noch nachts Laxenburg. Er war jetzt im Besitze eines Briefes seines kaiserlichen Schwagers.

Was mögen, fährt Sektionschef Dr. Schager fort, Kaiser und Minister des Äußern mit dem Prinzen Sixtus gesprochen haben? Mir sind Aufzeichnungen über diese Besprechung nicht bekannt geworden. Aber es gibt genügend Geschichtsquellen, aus denen sich erheben läßt, welchen Weg, zum Frieden zu kommen, Kaiser und Minister zu der Zeit für allein gangbar hielten, zu der sie den Prinzen Sixtus mit einem Friedensschritt befaßten.

Wenige Tage nach der Besprechung mit dem Prinzen Sixtus fand in Homburg vor der Höhe eine Reihe von Besprechungen zwischen Kaiser Karl und Kaiser Wilhelm, Czernin, Arz und den leitenden deutschen Staatsmännern und Feldherren statt. Es gelang nicht, die führenden Männer Deutschlands von der Notwendigkeit der Aufgabe Elsaß-Lothringens im Interesse des Friedens zu überzeugen, obwohl sich Kaiser Karl bereit erklärte, auf ganz Polen zu verzichten, Galizien an Polen abzutreten und dieses Reich an Deutschland angliedern zu helfen. Kaiser Karl und Czernin kehrten sichtlich deprimiert nach Wien zurück.

Da also Kaiser und Minister sich darüber klar waren, daß jeder Versuch, zum Frieden zu gelangen,

bei gleichzeitiger Ablehnung jeder Diskussion über Elsaß-Lothringen wertlos sei, da vom 3. April 1917 an wochen- und monatelang mit Deutschland über Elsaß-Lothringen gesprochen worden ist, so kann es — so argumentiert Sektionschef Dr. Schager — kaum zweifelhaft sein, worüber auch am 23. März schon in Laxenburg gesprochen wurde.*)

Czernin könne somit die Verantwortung für die Berufung des Prinzen Sixtus nach Laxenburg und für die daraus resultierende Politik keineswegs von sich ab- und auf die Schultern seines damaligen Kaisers wälzen. Daß der Kaiser dem Prinzen Sixtus auch einen Brief mitgegeben habe, um ihn für seine Mission gehörig zu beglaubigen, sei eine formale Nebensächlichkeit.**)

16.

Mitteilungen des Sektionschefs Dr. Schager über die Mission des Prinzen Sixtus („Wiener Sonn- und Montags-Ztg." vom 22. März 1920).

Es kann nach den jüngsten Veröffentlichungen in der französischen und in der englischen Presse als bekannt vorausgesetzt werden, daß Graf Czernin selbst eine Berufung des Prinzen Sixtus nach Wien wünschte. Daß dies richtig ist, beweist übrigens ein Brief des Grafen Czernin an die Kaiserin Zita vom 17. Februar 1917, in dem es heißt:

*) Am 23. März wurde tatsächlich über Elsaß-Lothringen gesprochen, und zwar zwischen Czernin und Prinz Sixtus in folgender Weise: Prinz Sixtus meinte, ohne irgendeine Abtretung elsaß-lothringischen Gebietes werde der öffentlichen Meinung Frankreichs der Friede nicht begreiflich zu machen sein, «il faut que la France ait un panache». Graf Czernin erwiderte, indem er auf die Unmöglichkeit der Abtretung deutschen Gebietes hinwies. Graf Czernin hat dann tatsächlich sofort in Deutschland den Hebel angesetzt, aber dem Prinzen gegenüber selbstverständlich niemals auch nur eine Andeutung darüber gemacht. Vgl. die Ausführungen auf Seite 42 dieser Schrift.

*) Vgl. die Fußnote auf Seite 91.

„Bei genauer Überlegung der Argumente Eurer Majestät in meiner heutigen Audienz würde ich den größten Wert darauf legen, wenn der Prinz Sixtus selbst zu Eurer Majestät käme.

Wenn Euer Majestät mit ihm sprechen könnten, würde unsere Sache bedeutend weiterkommen."

Es kann aber auch als bekannt vorausgesetzt werden, daß Graf Czernin am 23. März 1917 mit dem Prinzen Sixtus in Gegenwart des Kaisers Karl eine Unterredung in Laxenburg hatte, und daß damals dem Prinzen Sixtus der nun im Wortlaut bekannte Brief übergeben worden war.*)

Am 3. April 1917, 9 Uhr vormittags, also wenige Tage nach der Besprechung mit dem Prinzen Sixtus, traf der Kaiser, begleitet von Czernin und Arz, in Homburg vor der Höhe zum Besuche des Deutschen Kaisers ein. Nachmittags fand eine Konferenz der beiden Kaiser statt, der auch der deutsche Reichskanzler und Graf Czernin zugezogen waren. In dieser Konferenz versuchte Kaiser Karl, unterstützt von Czernin, seinen Bundesgenossen zu überzeugen, daß ohne das Opfer Elsaß-Lothringens der Friede nicht zu erlangen sein werde. Kaiser Karl erklärte sich bereit, auf ganz Polen zu verzichten, Galizien an Polen abzutreten und dieses Reich an Deutschland angliedern zu helfen. Dieser Vorschlag wurde nicht angenommen. Kaiser Karl und Czernin kehrten deprimiert nach Wien zurück. Sie erkannten, daß man ohne Nachgiebigkeit in der Frage Elsaß-Lothringens zu keinem Frieden gelangen könne.

Der Kaiser und der Minister suchten in vollstem Einvernehmen nach einem neuen Mittel, Deutschland

*) Die Fassung dieses Satzes läßt — wohl absichtlich — die Deutung zu, daß der Brief dem Prinzen in Gegenwart Czernins übergeben worden sei; dies zu widerlegen ist nicht mehr notwendig. Der Annahme Schagers, daß der Brief dem Prinzen in Laxenburg selbst eingehändigt wurde, steht die Konstruktion der Fälschungsidee, insbesondere die Aussage des als Courier fungierenden Offiziers — siehe Seite 31 — entgegen.

von der Notwendigkeit jenes Opfers zu überzeugen. In gemeinsamer Arbeit entstand das bekannte Mémoire Czernins vom 12. April 1917, das neuerdings ad majorem Czernini gloriam als Beweis ausschließlich Czerninscher Voraussicht ausgeschrien worden ist. Kaiser Karl sandte die Denkschrift mit einem Handschreiben nach Kreuznach. Der Flügeladjutant Oberstleutnant Graf Ledochowski übergab Handschreiben und Memorandum am 13. April 1917 vormittags dem Deutschen Kaiser.

In der Folge kam es wiederholt zu Aussprachen zwischen dem Reichskanzler und dem Grafen Czernin, sowie zu Empfängen des ersteren beim Kaiser Karl. Die Darlegungen des Kaisers und seines Ministers blieben nicht ohne Eindruck auf den Reichskanzler; er scheint der erste Deutsche in verantwortlicher Stellung gewesen zu sein, der den Gedanken akzeptierte, daß ohne Opfer kein Friede zu haben sei. Diese Wandlung ist bei dem deutschen Staatsmann im Frühsommer 1917 eingetreten. Aus jener Zeit stammt eine undatierte Denkschrift Czernins, „Kriegsziele und die polnische Frage", die dieser Wendung in den Anschauungen des Kanzlers gedenkt. In diesem Memorandum heißt es:

„Ich bin überzeugt, der Schlüssel der Situation liegt im Westen. Wenn Deutschland Frankreich und Belgien herausgibt und noch etwas dazu, dann ist der Friede da. Der Reichskanzler hat mir dieses Opfer streng geheim zugesagt."

Während der verantwortliche deutsche Staatsmann also für den Gedanken des Kaisers Karl und seines Ministers bereits gewonnen war, blieb die deutsche Oberste Heeresleitung hartnäckig.

Da also der Kaiser und Graf Czernin sich klar waren, daß jeder Friedensversuch ohne Verzicht auf Elsaß-Lothringen wertlos sei; da auch Prinz Sixtus

erklärt hatte, daß es keinen Sinn habe, eine politische Persönlichkeit in Paris wegen des Friedens anzugehen, wenn nicht die Frage Elsaß-Lothringens erwogen werde; da endlich vom 3. April 1917 an wochen- und monatelang mit Deutschland über Elsaß-Lothringen gesprochen worden war — so kann es kaum zweifelhaft sein, worüber am 23. März 1917 in Laxenburg gesprochen wurde. Nach dieser Darstellung der Vorgänge kann es aber auch nicht zweifelhaft sein, wer die Verantwortung für die Berufung des Prinzen Sixtus nach Laxenburg trägt und ob die Politik des 23. März 1917 ein Akt verantwortlicher Staatspolitik oder unverantwortlicher, „dem Grafen Czernin damals noch nicht bekannter" Nebenpolitik war.*) In der Betrauung des Prinzen Sixtus mit einem bestimmten Friedensschritt war also Kaiser Karl — was das Meritorische, also das Wesentliche der Sache anbetrifft — durch Czernin voll gedeckt. Anders ist die formale Behandlung, also die nebensächliche Seite der Frage zu beurteilen. Czernin hat gesprochen, der Kaiser hat geschrieben. Von dem Brief wußte Ottokar Czernin nicht. Der Kaiser hat ihn geschrieben, weil Prinz Sixtus seine Mission ohne gehörige Beglaubigung für aussichtslos gehalten haben dürfte. Es kann nun als bekannt vorausgesetzt werden, daß die unter günstigen Auspizien eingeleitete Friedensaktion hauptsächlich an dem Widerstand Italiens gescheitert ist.

Nun zum häßlichen Epilog. Am 2. April 1918 hielt Ottokar Czernin vor den Wiener Gemeindevertretern

*) Die Frage, um die es sich handelt, wird hier verdreht. Nicht die Betrauung des Prinzen Sixtus mit der Friedensvermittlung, sondern die Instruktionen, die ihm der Kaiser ohne Wissen Czernins zugehen ließ, bildeten einen Akt unverantwortlicher, dem Grafen Czernin damals noch nicht bekannter Nebenpolitik. Aus den Darlegungen dieser Schrift geht hervor, daß diese Instruktionen keine „formale Nebensächlichkeit" waren; auch der Kaiser selbst betrachtete sie nicht als Nebensächlichkeit, denn sonst wäre nicht einzusehen, warum er sich im April 1918 so sehr bemühte, sie vor Czernin zu verbergen.

eine hochpolitische Rede, welche die bekannte, höchst unpolitische Enthüllung brachte:

„Herr Clémenceau hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis. Ich habe sofort im Einvernehmen mit Berlin geantwortet, daß ich hiezu bereit sei und gegenüber Frankreich kein Friedenshindernis erblicken könne, als den Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen; es wurde aus Paris erwidert, auf dieser Basis sei nicht zu verhandeln. Daraufhin gab es keine Wahl mehr."

Es mag fürs erste befremdlich erscheinen, daß der selbe Czernin, der Deutschland zur Nachgiebigkeit in der Elsaß-Lothringen-Frage zu bewegen versucht hatte, nun von Haus aus jede Erörterung dieser Frage ablehnte.*) Dieser Widerspruch ist jedoch leicht zu erklären. Deutschland, dessen Kanzler im Sommer 1917 zu einem Opfer bereit schien, war, wie Czernin seinerzeit selbst in seiner Wahlrede vor der Politischen Gesellschaft erzählt hat, nach Erfolgen stets außerordentlich unnachgiebig.

Zwischen jenem Frühsommer 1917 und dem Februar 1918, in welchem Monat die von Czernin angedeuteten Konversationen zwischen den Grafen Revertera und Armand stattfanden, hatte Deutschland an der Seite Österreich-Ungarns die glänzendsten Schlachten in Ostgalizien und Venetien geschlagen, und es stand im Februar 1918 in den Vorbereitungen zu jener großen Westoffensive, von der die deutschen Feldherren die Niederringung des Gegners zuversichtlich erwarteten. Nun war mit Deutschland nicht mehr zu sprechen.

*) Es ist nicht nur nicht befremdlich, sondern selbstverständlich, daß man zwar intern mit dem Bundesgenossen über von diesem dem Feinde zu machende Konzessionen sprechen darf, daß man aber, solange der Bundesgenosse damit nicht einverstanden ist, das Verlangen des Feindes nach solchen Konzessionen zurückweisen muß — vgl. Seite 42 dieser Schrift.

Ehe der Konsequenzen der Czerninschen Enthüllungen gedacht wird, soll noch die Frage geprüft werden, ob Czernin die Wirkung dieses Schrittes voraussehen konnte und vorausgesehen hat. Es ist nicht schwer, zu erkennen, daß er diese Folgen voraussehen mußte. Er wußte nicht nur ganz gut, welchen Stoß er Clémenceau versetzte, der nach außen der „Unerbittliche" war; er wußte auch, daß die Hilfe Amerikas bereits wirksam zu werden begann. Wenn Czernin aber im April 1918 die Situation richtig einschätzte — mußte er sich nicht sagen, daß seine Enthüllung Clémenceau zur schärfsten Abwehr zwingen würde? Diese Frage kann nur der ehemalige Minister des Äußern beantworten. Orientierte Leute wußten am 2. April 1918, da die letzten Worte Czernins verklangen, daß diese Rede der Schwanengesang eines Ministers sei, der für eine neue Rolle Sorge trage. Czernin war damals ein abgetaner Mann.

Er hatte sich immer nur auf die Deutschen Österreichs, auf die Magyaren und die Polen parlamentarisch stützen können. Durch die Geheimabkommen mit der Ukraine hatte er eben erst die Polen zu seinen erbittertsten Feinden gemacht; er konnte nach den Vorverhandlungen über den Bukarester Frieden auch nicht auf die Unterstützung der Magyaren rechnen; er konnte vor den Delegationen nicht mehr erscheinen. So warf er sich, ehe er vom Ballhausplatze scheiden mußte, in die Arme der Alldeutschen, um dort eine Auferstehung zu feiern. Das war der Sinn und Zweck seiner Rede vom 2. April 1918. Die Wirkung dieser Rede war katastrophal. Die Möglichkeit, Friedensfühler auszustrecken, war ein für allemal erledigt. Welcher Staat sollte noch mit den Mittelmächten verhandeln, wenn der Verrat durch den Minister des Äußern drohte? Bei den Besprechungen zwischen Revertera und Armand war strengste Geheimhaltung

bedungen und gewährt worden. Das Übereinkommen war am 2. April 1918 gebrochen worden. Für die Zukunft gab es kein Vertrauen mehr. Die unmittelbare Folge der Czerninschen Indiskretion war, daß Clémenceau mit schwerem Geschütz anrückte .... Czernin gab am 14. April 1918 seine Demission.

Die Enthüllungen und noch viel mehr die Verhüllungen in der Zeit vom 2. bis 14. April 1918 hatten die Luft mit Elektrizität geladen. Der 14. April 1918 brachte die Explosion, die große moralische Werte zerstörte.

Die Aprilereignisse 1918 sind vom Volke, das sich nach dem Frieden sehnte, und von der der siegfriedlerischen Propaganda erlegenen Intelligenz durchaus verschieden aufgenommen worden. Wer damals die Stimmen des Volkes richtig vernahm, konnte immer wieder hören, daß der kleine Bürger, der Beamte, der Arbeiter, der Bauer sagte: „Uns ist es ganz gleichgültig, ob der Kaiser so oder so nach Paris geschrieben hat; den Frieden wollte er haben, das ist auch unser Wunsch." Der alldeutsche Propagandadienst und die ihm unterlegenen Intellektuellen brüllten aber: „Kamarilla!" Und der einzige Mann, der Aufklärung geben konnte, schwieg. Schwieg, weil er hätte zugeben müssen, daß er selbst im Jahre 1917 die Mission des Prinzen Sixtus empfahl; er schwieg, weil er sich der Öffentlichkeit gegenüber jederzeit darauf stützen konnte, daß ihm die Tatsache der Ausfolgung des Legitimationsbriefes nicht mitgeteilt worden war. Das war Czernin.

Hat Czernin damals geschwiegen und damit schwerstes Unrecht begangen, so bekämpft er heute jedes Streben, die damaligen Vorgänge und seinen eigenen Anteil an der Verantwortung klarzustellen. Wir wissen aber jetzt, daß die öffentliche Meinung in ihrem Urteil über die Affaire Sixtus irregeführt wor-

den ist und daß den ehemaligen Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses, Geheimen Rat, Ritter des Goldenen Vließes, Kämmerer, Generalmajor Grafen Ottokar Czernin der Vorwurf trifft, die nackte Wahrheit im eigenen, egoistischen Interesse verdunkelt zu haben.

17.

Wortlaut des am 9. April 1918 zwischen Kaiser Karl und Graf Czernin geführten Hughes-Gespräches.

Der Kaiser: Guten Abend. Ich bin sehr froh, daß Sie mich aufrufen. Höre eben durch Ministerium, daß Clémenceau Enthüllungen über mich machen will. Selbstverständlich ist alles, was Clémenceau über mich vorbringen könnte, außer dem, was Sie sowieso wissen, *) Lug und Trug. Ich wiederhole nochmals, wir können in der ganzen Sache reines Gewissen haben. Falls Clémenceau wirklich etwas sagen sollte, was über den Rahmen dessen hinausgeht, was Sie ohnedies wissen, so beabsichtige ich, Kaiser Wilhelm ein Telegramm zu senden, worin ich meine Entrüstung über dieses Lügengewebe der Feinde ausdrücke, nochmals unserer unbedingten Bundestreue versichere und zum Schlusse erkläre, daß ich als Souverain zu hoch stehen würde, um mich in weitere Diskussionen mit einem Kerl als Clémenceau einzulassen, und ich die ganze Angelegenheit als erledigt betrachte. Dies ist mein unabänderlicher Entschluß. Was wollen Sie jetzt?

Czernin: Mir ist ein Stein vom Herzen, wenn die Sache so ist, denn der entgegengesetzte Fall wäre eine Katastrophe gewesen. Clémenceau sagt folgendes: Kaiser Karl ist es, der in einem eigenhändigen Briefe

*) Siehe Fußnote auf Seite 19.

vom Monat März 1917 seine Zustimmung zu den gerechten Rückforderungsansprüchen Frankreichs in bezug auf Elsaß-Lothringen ausgesprochen hat; ein zweiter kaiserlicher Brief konstatiert, daß der Kaiser mit seinem Minister eines Sinnes sei. Selbstverständlich muß man auf das kategorischeste die Lüge brandmarken, und das Telegramm an Kaiser Wilhelm ist auch eine sehr gute Idee. Ich bitte aber Euer Majestät dringend, mit Communiqué und Telegramm bis morgen abends zu warten. Ich bin morgen abends in Wien und muß vorher noch mit Euer Majestät sprechen. Ich habe die Furcht, daß Euer Majestät auf einen Brief, den Sie doch geschrieben haben, vergessen haben, denn sonst spielt Clémenceau ein verzweifeltes Spiel, wenn er nicht in der Lage ist, den Brief, von dem er spricht, vorzuzeigen. Ich bitte also dringendst meine Ankunft abzuwarten, da wir unter keinen Umständen jetzt Fehler begehen dürfen. Es handelt sich offenbar um Briefe an die Prinzen Parma, deren Inhalt sich meiner Kenntnis selbstverständlich vollkommen entzieht. Ich werde sofort nach Berlin sagen lassen, daß Clémenceau gelogen hat, daß unsere Antwort erfolgen wird, und bitte nochmals unter keinen Umständen etwas zu machen, bis ich nicht zurück bin. Wenn Euer Majestät wollen, kann ich noch morgen nacht sofort nach meiner Ankunft direkt nach Baden fahren.

Der Kaiser: Danke. Bin mit allem sehr einverstanden. In einem Brief an Prinzen von Parma ist niemals etwas Politisches gestanden. — Danke, Schluß.

18.

Wortlaut des von Graf Czernin dem Prinzen Sixtus im Mai 1917 übergebenen Aide-mémoires.

Original-Text *):	Von Prinz Sixtus der französischen Regierung vorgelegte Übersetzung **):
I. Eine einseitige Gebietsabtretung Ö.U. ist ausgeschlossen, bei einer Compensation durch anderes Gebiet wäre der Gedanke ventilierbar, falls in Betracht gezogen wird, daß der heldenhaft verteidigte, mit dem Blute unserer Soldaten getränkte Boden einen für uns unvergleichlich höheren Wert hat als irgend ein neues Gebiet.	I. L'Autriche-Hongrie ne saurait consentir à aucune cession de territoire sans compensation. Au cas d'une compensation, il conviendrait de tenir compte du fait qu'un territoire, quel qu'il soit, n'aura jamais pour la Monarchie la valeur d'une terre qui a été arrosée par le sang de ses soldats.
II. Welches sind die Garantien, die uns geboten werden, daß bei einer Friedenskonferenz die Integrität der Monarchie (mit den eventuell jetzt beschlossenen Grenzrectificationen) bestehen bleibt?	II. En dehors de cette rectification de frontière envisagée, l'intégrité de la Monarchie doit être, dès à présent, garantie par l'Entente de telle manière qu'elle soit assurée au moment où s'ouvrira la conférence générale de la paix.

*) Nach der in der „Illustration" vom 8. Jänner 1920 reproduzierten, die Handschrift Czernins zeigenden Photographie.

**) Laut „L'Illustration" vom 8. Jänner 1920.

III. Eine definitive Antwort kann erst nach Beantwortung der vorstehenden zwei Punkte gegeben werden, da Ö.U. erst dann mit seinen Verbündeten in Besprechungen eintreten kann.

III. Aussitôt que les deux conditions susmentionnées (compensation à la rectification de frontière et garantie de l'intégrité de la Monarchie) auront été acceptées par l'Entente, l'Autriche-Hongrie pourra conclure la paix séparée avec l'Entente. Alors seulement elle mettra ses alliés actuels au courant de la situation.

IV. Immerhin ist Ö.U. bereit, die Besprechungen fortzusetzen, und ist nach wie vor geneigt, für einen ehrenvollen Frieden zu arbeiten, um damit auch den allgemeinen Weltfrieden anzubahnen.

IV. Dans tous les cas l'Autriche-Hongrie est prête à poursuivre, comme par le passé, des pourparlers en vue de conclure avec l'Entente une paix honorable et, par suite, de préparer les voies pour une paix générale et définitive.

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Einleitung, die Hetze gegen Czernin	5—16
Abnehmende Popularität des Kaisers	5
Popularität Czernins	6
Gegenüberstellung von Kaiser und Czernin	6—7
Beginn der systematischen Hetze gegen Czernin	7—8
Czernins Feinde	8—10
Wiederaufnahme des Kampfes durch Polzer und Schager	10—13
Methode des Kampfes	13—15
Grund der Veröffentlichung dieser Broschüre	15—16
Die Ereignisse zwischen dem 2. und 14. April 1918	17—32
Czernins Rede vom 2. April	17
Die ersten französischen Angriffe und die österreichisch-ungarische Erwiderung	17—18
Erste Erwähnung des Kaiserbriefes, Hughes-Gespräch zwischen Kaiser Karl und Czernin	18—20
Zugeständnis der Existenz eines Kaiserbriefes, die beiden sich widersprechenden Texte	20—22
Kontroverse zwischen dem Kaiser und Czernin	22—24
Situation am Abend des 12. April, Aufwerfen der Regentschaftsfrage, Einschreiten der Kaiserin	24—29

Seite

Das letzte Communiqué Clémenceaus, Czernins Demission . . . . . 29—30
Der Ministerrat vom 14. April . . . . 30—31
Abschluß der Briefaffaire . . . . . 31—32

Die gegen Czernin infolge der Briefaffaire erhobenen Vorwürfe, ihre Entkräftung . . . . 32—47

Czernins Unkenntnis vom Kaiserbrief . . 32—34
Die Taktik der Abwehr der Clémenceauschen Angriffe, Vorwurf der Preisgabe des Kaisers . . . . . 34—37
Abverlangung des kaiserlichen Ehrenwortes 37—39
Die Mission des Prinzen Sixtus und die elsaß-lothringische Frage . . . . . 39—42
Zweck der Rede Czernins vom 2. April 1918 42—47

Ursache von Czernins Demission; sein Verhältnis zu Kaiser und Kaiserin . . . . . 47—55

Czernins Standpunkt in der Friedensfrage, anfängliches gutes Einvernehmen zwischen ihm und dem Kaiser . . . . . 47—48
Die ersten Unstimmigkeiten, der Fall Erzberger . . . . . 48—49
Geheime Korrespondenz mit dem Vatikan, des Kaisers Verhältnis zur Nebenpolitik 49—50
Intriguen gegen Czernin, sein Kampf gegen die Indolenz der österreichischen Regierung, Zuspitzung seines Verhältnisses zum Kaiser . . . . . 51—53
Die Kaffee- und Kakao-Angelegenheit . 53—55

Seite

Schlußwort . . . . . 55—56

Anhang . . . . . 57—98

1. Aus der Rede des Grafen Czernin vom 2. April 1918 59

2. Meldung der „Agence Havas" vom 3. April 1918 . . . . . 59—60

3. Österreichisch-ungarisches Communiqué vom 4. April 1918 . . . . . 60—61

4. Französisches Communiqué vom 6. April 1918 . . . . . 61—64

5. Erklärung des vormaligen französischen Kriegsministers Painlevé in der „Humanité" vom 6. April 1918 . . . . . 64—65

6. Österreichisch-ungarisches Communiqué vom 7. April 1918 . . . . . 65—68

7. Französisches Communiqué vom 9. April 1918 . . . . . 68—70

8. Österreichisch-ungarisches Communiqué vom 10. April 1918 . . . . . 70—71

9. Französisches Communiqué vom 12. April 1918 (Text des Kaiserbriefes) . 71—74

10. Österreichisch-ungarisches Communiqué vom 12. April 1918 . . . . . 74—75

11. Französisches Communiqué vom 14. April 1918 76

12. Österreichisch-ungarisches Communiqué vom 15. April 1918 77

13. Mitteilungen des ehemaligen deutschen Botschafters in Wien, Grafen Wedel, über die Affaire Erzberger und die Briefangelegenheit . . . . . 77—82

Seite

14. Mitteilung des Sektionschefs Dr. Schager-Eckartsau an das „Hollandsch Nieuws Bureau" . . . . . 82—83

15. Mitteilung des Mitarbeiters der „Berlingske Tidende", Herrn Henry Hellssen, über eine Unterredung mit Sektionschef Dr. Schager . . . . . 83—88

16. Mitteilungen des Sektionschefs Dr. Schager über die Mission des Prinzen Sixtus . . . . . 88—95

17. Wortlaut des am 9. April 1918 zwischen Kaiser Karl und Graf Czernin geführten Hughes-Gespräches . . . . . 95—96

18. Wortlaut des von Graf Czernin dem Prinzen Sixtus im Mai 1917 übergebenen Aide-mémoires (Gegenüberstellung des deutschen Originaltextes und der laut „L'Illustration" vom 3. Jänner 1920 der französischen Regierung vorgelegten Übersetzung) . . . 97—98

Mandruck G. m. b. H., München.